

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 3, durch die Zweigstelle, Jagarungsmarkt Nr. 11, Wladimirstraße 140, sowie durch alle Zeitungs- und Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 2 Pf. 6 Goldpfennig, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Verlags- und Anzeigengeschäft: Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Tag, 20 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Verträge, Besichtigungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

# Zodesurteile, — keine Klärung.

## Bier Todesurteile im Fememordprozeß.

Das Schwurgericht des Landgerichts III Berlin verurteilte am Dienstagabend im Fememordprozeß: Die Angeklagten Stein, Schirrmann und Wickenkampff werden wegen Mordes, der Angeklagte Penn wegen Anstiftung zum Mord, zum Tode, der Angeklagte Schmidt wegen Beihilfe zum Mord zu drei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Eichelberg wegen Vergehens gegen § 139 des Str.-G.-B. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Senden, Meber und Guttnecht werden freigesprochen. Das Urteil und die Begründung wurden in öffentlicher Sitzung verkündet.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Die Angeklagten Wickenkampff und Stein haben nach ihrem Geständnis Panier in der Nähe des Lagers Döberitz durch Schieße mit einem Beil erschlagen. Der Angeklagte Zimmermann hat, wie er zugibt, ihnen Panier zugeführt. Jeder von ihnen hat die mit voller Ueberlegung ausgeführte Tötung als seine Tat gewollt. Alle drei haben sie gemeinsam ausgeführt. Der Angeklagte Schmidt hat nach seinem Geständnis die Angeklagten Wickenkampff und Schirrmann begleitet. Schmidt hat, um Panier mit Ueberlegung zu töten, einen Spaten genommen, um dann die Leiche Paniers zu begraben. Vor der Tötung haben Wickenkampff und Schmidt mit dem Ausheben der Erde begonnen und, nachdem Panier getötet war, hat Schmidt ihm auch einen Schlag mit einem Stein versetzt, um so seine Beteiligung bei dieser Tötung zu bekräftigen. Das stellt sich als Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord dar. Die Vorbereitung eines Verhörens war eine Vorbereitung zur Ausführung des Mordes. Die Anstiftung zum Mord durch Penn ist als bewiesen anzusehen.

Wie man amtlich gestern mitteilte, hatten sich Reichsregierung und Preussische Regierung nach einer Aussprache zwischen den Reichsministern und den preussischen Ministern Braun und Sennering auf die Zweckmäßigkeit eines öffentlichen Verfahrens zuletzt geeinigt. Trotzdem hat das Berliner Gericht geglaubt, daß es das Reichsinteresse besser wahrnehme, als die dafür zuständigen Minister, indem es die Öffentlichkeit ausschloß!

Das so hinter verschlossenen Türen zustandgekommene Urteil erkennt die höchstzulässige Todesstrafe bezeichnenderweise gegen die ausführenden Organe des schwarzen Reichswehrterrors und gegen einen der anstiftenden Offiziere, der zuletzt Landbundangehöriger war. Die Mitangeklagten Führer, von denen vor allem Herr v. Senden durch das der Öffentlichkeit bekannte Material schwer belastet erschien, sind dagegen ganz freigesprochen. Warum? Das ist hinter verschlossenen Türen entschieden worden, weil die Mitverantwortung der Reichswehrleitung an der Fememordorganisation ihrer schwarzen Filiale nach dem Willen des Gerichtes nicht öffentlich geklärt werden durfte.

Als Gegner der Todesstrafe können wir über die Härte dieser Strafe auch diesmal keine Genugtuung empfinden. Die ausgebliebene Klärung der politischen Verantwortung für die Möglichkeit solcher Mörderhanden im heutigen Deutschland mußten wir als die Hauptaufgabe dieses Prozesses ansehen, wenn er für die Zukunft die Wiederholung solcher Scheußlichkeiten verhindern helfen sollte. Hoffen wir, daß das Material, das den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen nachträglich in dieser Frage vorgelegt werden wird, den Schleier des Geheimnisses doch noch durchbricht!

## Annäherung zwischen Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei.

Am Montagabend haben auf einem Gesellschaftsabend der Liberalen Vereinigung der demokratische Führer Koch und der volksparteiliche Führer Stresemann Neben gehalten, in denen sie das Einigende in den Anschauungen der beiden Parteien betonten. Auch Reichsminister Dr. Lütjehausen ergriff das Wort, um die Möglichkeiten einer Annäherung der Demokraten, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu streifen. Die Liberale Vereinigung wird nach dem Ausscheiden des Reichsministers a. D. Schäffer und des Professors Gerland von dem demokratischen Abgeordneten Fischel und dem Volksparteiler Dr. v. Richter, dem ehemaligen preussischen Finanzminister, geleitet. Die Vereinigung hat damit bekräftigt, daß sie nicht eine neue Splittiergruppe sein will, sondern die Brücke bilden will zwischen den beiden Parteien, denen die Vorstehenden der Vereinigung angehören.

Mit der Vereinigung von Links- und Rechtsliberalen, die weder bei der Arbeiterpartei noch bei den Konservativen Anschluß fanden, begann auch der Niedergang des englischen Liberalismus, der nach der 6 Jahre den kritischen Premierminister stellte und heute hoffnungslos zwischen Reaktion und Sozialismus zerrieben ist. Als Vereinfachung des deutschen Parteigetriebes könnte der Zusammenschluß zwischen schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Liberalen den Anfang einer großen Klärung bedeuten. Das Ende dieses Klärungsprozesses aber wäre sehr bald da: die nationalpolitischen Wähler der Volkspartei würden trotz allen Vereinbarungen zwischen Stresemann und Koch dann lieber Westarp als Haas oder Quide wählen und die wirklichen Demokraten wohl doch lieber Löbe und Hilferding als den Freiherrn v. Rheinbaben oder den Stresemann-Agrarier Hepp.

Das Zentrum ist als Mittelpartei in den Klassenkämpfen der letzten Jahre — trotz Frauenwahlrecht — mehr als irgend eine andere Gruppe geschwächt worden. (Vor dem Krieg umfokte es mehr als ein Viertel der Reichstagsabgeordneten!) Die Liberalen scheinen denselben Weg gehen zu wollen, indem sie durch wachsende Farblosigkeit immer mehr Anhänger abstoßen. Das Ergebnis wäre ein neues Zweiparteiensystem des Klassenkampfes, bei dem wir Sozialisten nur gewinnen können. Was wir als republikanischen Bundesgenossen verlieren, werden wir als sozialistische Wähler und Mitkämpfer bald wiederfinden!

## Der Reichstagsausschuß gegen die Personalpolitik der Reichsbahn.

Der Reichstagsausschuß für die Prüfung der Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn beschäftigte sich am Dienstag mit den Schwierigkeiten, die durch die Nichtdurchführung des vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärten Schiedsspruchs durch die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft entstanden sind. Er gab nach genauer Prüfung der Rechts- und Tatsachenlage einmütig der Auffassung Ausdruck, daß die eingetragenen Streitigkeiten über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnarbeiter lediglich im Wege des Schlichtungsverfahrens zu erledigen seien, daß die Verbindlichkeitsklärung nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister als Instanz des Schlichtungswesens zu erfolgen hat, daß es sich im vorliegenden Falle also nicht um einen Streitfall zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft handle und daher auch eine Zuständigkeit des im Reichsbahngesetz vorgesehenen besonderen Reichsbahngerichtes nicht gegeben sei.

Darüber hinaus beantragte der Ausschuß nach eingehenden Beratungen mit der Reichsregierung und Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft und dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn, zu beschließen, daß die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht die Billigung des Reichstags findet, da die Erklärungen und Zusicherungen der Reichsbahn nicht eingehalten werden. Die Reichsregierung soll ersucht werden, die Rechte der Beamten zu wahren und den weiteren Massenabbau von Beamten und Arbeitern einzustellen.

Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik nahm am Dienstag den § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an. Danach wird die gesundheitliche Gefährdung durch Beschäftigung unter Strafe gestellt. Zum Tatbestand gehört die Ausübung des Geschlechtsverkehrs in Kenntnis der geschlechtlichen Erkrankung und in Kenntnis der Ansteckungsgefahr. Die Verurteilung soll nach einem Antrag des Genossen Dr. Moses nur auf Antrag eintreten. Antragsberechtigt ist die gefährdete Person bzw. ihr gesetzlicher Vertreter.

## Das Fürstenteneignungsgesetz — keine Verfassungsänderung!

Von Dr. Ernst Eickstein (Breslau).

Die bürgerlichen Mittelparteien versuchen die Sozialdemokratie von der von ihnen beantragten Volksabstimmung in der Fürstenteneignungsfrage abzuhalten, indem sie darauf hinweisen, daß das von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Volksabstimmung gestellte Gesetz eine Verfassungsänderung enthalte und mithin zu seiner Annahme der Zustimmung der Mehrheit aller stimmberechtigten Staatsbürger bedürfe.

Diese Auffassung ist rechtsirrig. Zur Annahme des Fürstenteneignungsgesetzes ist vielmehr nur folgendes notwendig:

Die Volksabstimmung muß zunächst begehrt werden. Es ist bereits oft genug ausgesprochen worden, daß zu diesem Zweck etwa 4 Millionen Staatsbürger, die stimmberechtigt sind, sich in die Listen, die ausgelegt werden, eintragen müssen. Ist dies geschehen, wird das Gesetz dem Reichstag vorgelegt. Nimmt der Reichstag das Gesetz an, was nicht zu erwarten ist, ist die Sache erledigt. Nimmt der Reichstag das Gesetz überhaupt nicht oder nur in abgeänderter Form an, dann wird das Volksbegehren zum Volksentcheid gestellt.

Der Volksentcheid kann dann — und hier liegt die einzige Schwierigkeit — überhaupt nur eine Wirksamkeit gegenüber dem Beschluß des Reichstages erhalten, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Dies folgt aus Artikel 75 der Reichsverfassung, nach welcher ein Beschluß des Reichstages durch Volksentcheid nur dann außer Kraft gesetzt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Die bürgerlichen Parteien werden also nichtswürdiger für ihre Anhänger die Parole der Wahlfreiheit ausgeben. Hiervon braucht aber die Sozialdemokratie nichts zu befürchten. Die Parole der Wahlenthaltung bei einer so das ganze Volk aufrüttelnden Frage ist keine wirksame politische Parole. Die Zentrumsarbeiter, die entrechteten Gläubiger und Sparer, die Kleinbauern und Gewerbetreibenden werden, wenn eine wirksame Stimmgabe von den Sozialisten entfällt, auf eine derartige Parole nicht eingehen.

Beteiligt sich aber die Mehrheit der Stimmberechtigten überhaupt an der Abstimmung, so brauchen Sozialdemokraten und Kommunisten nur eine einfache Majorität, damit das Gesetz angenommen wird.

Nach Artikel 76 der Reichsverfassung braucht das zum Volksentcheid gestellte Gesetz dann die Mehrheit aller Stimmberechtigten für sich, wenn eine Verfassungsänderung beschlossen wird. Der vorgeschlagene Entwurf zur Fürstenteneignung stellt aber eine Verfassungsänderung nicht dar.

Von bürgerlicher Seite ist gesagt worden, daß der Gesetzesentwurf den Artikel 153 der Reichsverfassung verletze, da er eine Verfassungsänderung darstelle. Artikel 153 der Reichsverfassung wird aber nicht verletzt. Durch diesen Artikel wird das Eigentum von der Verfassung gewährleistet. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden; sie erfolgt gegen allgemeine Entscheidungen, soweit nicht in einem Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist.

Aus dem Gesetzesentwurf, der vorgelegt ist, ergibt sich, daß die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit vorgenommen werden soll. Im § 2 sind ausdrücklich die sozialen Zwecke bestimmt, für die das enteignete Vermögen im Einzelnen verwendet werden soll.

Nun hat Ministerialrat Dr. Hänischel in der „Vossischen Zeitung“ vom 31. Januar zwar zugegeben, daß Artikel 153 der Reichsverfassung durch das Gesetz nicht berührt werde, er hat aber ausgeführt, daß trotzdem Verfassungsänderung vorliege, da das Gesetz gegen Artikel 109 der Reichsverfassung verstöße. Nach Artikel 109 der Reichsverfassung sind alle Deutschen vor dem Gesetz gleich. Dr. Hänischel meint, daß die Gleichheit, die hier gewährleistet ist, zu Ungunsten der Fürsten durch das Gesetz durchbrochen werde. Der Grundsatz der Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz gebietet jedoch nicht die Rechtsgleichheit aller, sondern nur rückhaltlose Anwendung des Gesetzes auf alle ohne Ansehen der Person. Er gebietet Gleichheit vor dem Gesetz, nicht Gleichheit des Gesetzes. Die Bestimmung ist eine Richtschnur nicht für den, der das Gesetz gibt, sondern für den, der es handhabt. Gleichheit vor dem Gesetz ist demnach Gleichheit vor dem Richter und der Verwaltung, nicht Gleichheit vor dem Gesetzgeber. Dies

## Richthofen-Boguslawitz scheidet aus dem Reichstage aus.

Das Mitglied der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, Freiherr von Richthofen-Boguslawitz hat sein Mandat niedergelegt. Als Nachfolger tritt der Schweidnitzer Staatsanwaltsrat Dr. Schaeffer in den Reichstag ein.

Berliner Blätter meinen, Richthofen habe sich als Wirtschaftspolitiker über die deutschnationale Demagogie seit der Arnau-Abkündigung und dem Regierungsaustritt geärgert. Uns scheint er dafür zu sehr selbst Demagoge zu sein. Er dürfte aber Landbundsorgen genug haben, die ihn in Schlesien und Pommern machen!

ist die allgemeine Meinung der Staatsrechtslehrer, die insbesondere von Anhängern und Stühle ausgesprochen worden ist. Jedes Gesetz, das besondere Berufs- oder Standesangelegenheiten regelt, durchbricht die Gleichheit des Gesetzes, durchbricht jedoch nicht die Gleichheit vor dem Gesetz, da das für einen besonderen Stand geschaffene Gesetz dann vom Richter und der Verwaltung auf alle gleichmäßig angewendet werden kann.

So ergibt sich, daß auch Artikel 109 der Reichsverfassung durch den Gesetzentwurf nicht berührt wird, das Gesetz über Fürstenerhebung demnach nicht verfassungswidrig ist. Zu seiner Annahme genügt deswegen, wenn sich an der Abstimmung die Mehrheit aller Stimmberechtigten beteiligt, eine einfache Majorität. Dies zu erreichen, wird bei intensiver Agitation nicht schwer fallen.

hautes gibt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Landbesitz in ausgewerteten Jahressummen 1818/20 Mark, besitz der deutschen Fürsten 480 408 Hektar beträgt. Ferner für weiter aufzuwertende Renten jährlich 865 000 und für aufzuwertendes Kapital 102 805 000 Mark in Betracht. Dabei ist immer nur eine Aufwertung von 100 Prozent zugrundegelegt. Das Privatvermögen der Fürsten betrage rund 300 Millionen. Dazu kommen Kunstschätze im Werte von 500 Millionen. Insgesamt berechne sich das Fürstentum auf mindestens 2 800 Millionen Mark. Solche Werte dürften dem deutschen Volke nicht entzogen werden; entschädigungslose Enteignung sei notwendig. — Der Ausschuß vertrat sich auf Donnerstag.

# Ein faules Fürsten-Kompromiß.

Die Demokratische Partei dafür, das „Berliner Tageblatt“ dagegen!  
Der Volksentscheid bleibt einzige Lösung!

Der von den Regierungsparteien ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen den deutschen Fürsten und den Fürsten enthält in Paragraphen, in denen das „Reichslandgerichte“ über die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung rechtlich fundiert wird. Das Reichslandgerichte wird seinen Sitz in Leipzig haben und unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten stehen. Der Reichspräsident ernannt den Stellvertreter des Vorsitzenden und sechs weitere Mitglieder des Reichsoberster Landesausschusses. Zwei weitere Mitglieder werden auf Vorschlag des in Frage kommenden Landes und der anderen Partei vom Reichspräsidenten des Reichsobersten Landesausschusses ernannt. Die ernannten Mitglieder sind unabsetzbar.

Auf Grund des § 2 ist das Reichslandgerichte zuständig für alle Auseinandersetzungen, die nicht bereits durch ein Gesetz oder ein rechtskräftiges Urteil erledigt sind, für Streitigkeiten über die Auslegung eines der Gesetze, für Streitigkeiten über die Ausführung eines der Gesetze, für Streitigkeiten über die Befreiung aus Aufwandsansprüchen. Nach § 4 stellt das Reichslandgerichte auf Grund des Reichs-, Landes- und Gewerbeverordnungen die Rechts- und Eigentumsverhältnisse fest und nimmt die Auseinandersetzung nach „Billigkeit“ auf Grund folgender Richtlinien vor:

1. Bei Zuteilung der Vermögensstücke ist zu berücksichtigen, ob sie auf Grund eines Privatrechtstitels oder in den letzten Jahren der Herrschaft auf Grund des öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen, die nur kraft der Souveränität bewirkt werden konnten, erworben worden sind;
2. Erbschaft, Schenkung, Abtretung und Verkaufserlös erhält das Land auf keinen Fall zum Eigentum;
3. Bei der Zuteilung von Land- und Forstbesitz sind die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten in Betracht zu ziehen;
4. Ein billiger Ausgleich zwischen den Parteien soll nach Möglichkeit erreicht werden;
5. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien ist zu berücksichtigen;
6. Gehalts- und Nutzungsrechte der ehemaligen Fürstlichen Häuser sind, soweit sie an Dritte verpfändet worden sind, in geeigneter Weise sicherzustellen;
7. Bei der Aufwertung von Anwartschaften hat das Aufwertungs-gesetz Anwendung zu finden.

Weiter wird durch § 8 bestimmt: Wenn ein Land zur Zahlung von Kapital verpflichtet wird, so ist die empfangene Darlehenssumme zu vermindern, diese Beträge bis zum Ablauf des Jahres 1920 nur für die privatrechtlichen Bedürfnisse des Landbesitzers zu verwenden oder zu übertragen und zu übertragen anzuwenden. Die Verbringung eines ausgefallenen Kapitals ins Ausland ist nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zwangsverhandlungen gegen diese Verpflichtung kann das Land Kapital und Renten zurückfordern. Das Reichslandgerichte hat zunächst einen allseitigen Ausgleich zu versuchen. Im Übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen.

Die elementar auslösende Volksbewegung gegen die Fürsten war anfänglich indirekt eine Bewegung gegen die deutschen Richter. Sätten sie in den Prozessen, die von den verschiedenen Länderregierungen gegen die ehemaligen Herrscherhäuser oder umgekehrt geführt wurden, vor allem nach Billigkeit und ohne falsche Auslegung uralter Gesetze entscheiden, dann würde heute weder ein Gesetz zur Fürstenabfindung noch ein Antrag auf Volksentscheid zur Debatte stehen. Allein in Preußen wurden z. B. nicht nur sämtliche Prozesse zugunsten der Hohenzollern entschieden, sondern die preussische Finanzkasse mußte außerdem noch im Jahre durchschnittlich fünf Millionen Mark an Prozeßkosten zahlen. Dieser Skandal hat schließlich den demokratischen Antrag auf reichsweite Regelung der fürstlichen Ansprüche veranlaßt. Man hätte von den Regierungsparteien, wenigstens aber von den Demokraten und dem Zentrum, annehmen sollen, daß sie diese Dinge in dem unter ihrer Mitwirkung ausge-

arbeiteten Gesetzentwurf berücksichtigen würden. Aber es scheint fast so, als hätten Reichsregierung und Regierungsparteien bis heute den Sinn der Volksbewegung gegen die fürstlichen Forderungen nicht verstanden; denn der Gesetzentwurf schießt das Laienelement rechts aus und überantwortet die Entscheidung über die Ansprüche der ehemaligen Herrscherhäuser wieder deutschen Berufsrichtern, vor deren Kollegen man sich durch eine reichsgesetzliche Regelung retten wollte.

Der bürgerliche Abstimmungsentwurf zeigt unseren Parteigenossen im Lande jedenfalls, daß der bevorstehende Kampf um einen erfolgreichen Volksentscheid schwere Opfer materieller und moralischer Natur erfordert. Er muß durchgeführt werden gegen die Abstinenz sämtlicher bürgerlichen Parteien. Sie alle sind bereit, den ehemaligen Herrschern unter dem Vorwand des bürgerlichen Rechts endlose Summen und Besitztümer auszuhändigen — während das Volk hungert. Trotzdem werden wir mit aller Entschiedenheit den Kampf führen: Gegen die fürstlichen Mißsteuer — für das Volk!

Der Kompromißentwurf der bürgerlichen Parteien zur Fürstenabfindung stellt unter anderem die Einsetzung eines Sondergerichts vor, das sich ausschließlich aus Berufsrichtern und Verwaltungsrichtern zusammensetzen soll. Auch das „Berliner Tageblatt“ macht dagegen starke Bedenken geltend und verweist auf folgende Mängel: „Abfindung des Obersten bürgerlichen Verwaltungsgerichtshofes ist zum Beispiel Herrs. Kahr, der für Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha mit Erfolg die Hilfe des Reichsgerichtes angerufen hat. Gewiß würde das Reichslandgerichte nicht mit lauter Herren von Kahr besetzt sein. Aber es ist überhaupt nicht angängig, daß eine Materie, die sich zur gerichtlichen Behandlung und Entscheidung gar nicht eignet, von Richtern entschieden wird. Ueber die Ausschüsse des Gesetzentwurfes schreibt das demokratische Blatt, obwohl die Demokraten an dem Kompromiß beteiligt sind: „Bellngat die Verkündigung im Reichstags nicht, dann bleibt nichts anderes übrig, als der Volkswut nachzugeben. Man thut sich über die Stärke der Bewegung nicht, die die Zustimmung der kaiserlichen Fürstenerforderungen hervorgerufen hat. Diese Bewegung geht über die parlamentarischen und kommunikativen Kreise weit hinaus. Sie ist eine echte Volksbewegung und vor einmal Versammlungen von Anhängern der bürgerlichen Parteien mitgemacht hat, in denen diese Frage erörtert wurde, kann über die Stimmung dieser Kreise, auch durch rechtsgerichteter, nicht im Unklaren sein.“

Die Rechtspresse ist natürlich mit der Einsetzung eines Sondergerichts so gut wie einverstanden. Welch Wunder, wenn ihren Liebblingen die Aussicht blüht, von Herrn Kahr nach dem Grundsatze der „Billigkeit“ als Sonderrichter behandelt zu werden!

Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde das Sprerzgesetz in der Fürstenabfindungsfrage gestern gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Danach sollen alle Rechtsstreitigkeiten zwischen Fürsten und Ländern bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung ausgelegt werden. Bei verschiedenen weiteren Mitteilungen, durch die unter anderem festgestellt wurde, daß zum Hohenzollernbesitz, die Militärapostämter von Stabsoffizieren bezogen, hielt der deutsche Nationalist Dr. Czernin große Klagenreden und behauptete, daß zum Beispiel der Prinz Oskar (pensivierter Oberst und Sohn eines der größten deutschen Grundeigentümer!) in Potsdam selbst die Weisen heilen müsse. (Weiterer!)

Damit war die Materialsammlung des Rechtsauschusses vorläufig abgeschlossen und es begann die eigentliche Aussprache über die dem Ausschusse vorliegenden Anträge. Zunächst begründet der kommunistische Abgeordnete Reuhauer in sinistrierender, sachtlicher Rede den kommunistischen Antrag, wobei er eine genaue Berechnung des Landbesitzes jedes deutschen Fürstent-

## Aus dem Reiche.

Die Verhaftung einer Zivilperson durch Reichswehr. Vor einigen Tagen war ein Straßenpassant in Berlin, der den führenden Offizier einer vorbestimmten Reichswehr-Abteilung darauf hingewiesen hatte, daß das Spiel des Liebes-„Stolz“ weithin in der Wüste der Wüste im Wäldchen nahe bei der Varber der Republik, auf Veranlassung des Offiziers von drei Soldaten der Truppe festgenommen (1) und nach der Kaserne geführt worden. Nach einer Vernehmung durch den diensthabenden Offizier in der Festgenommenen wieder freigelassen worden. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatt“ hat nunmehr die Berliner Kriminalpolizei gegen den die Abfertigung führenden Offizier ein Ermittlungsverfahren wegen Freiheitsberaubung und Verurteilung eingeleitet und bereits mehrere Zeugen vernommen. Auch das Reichswehrministerium hat, nach dem genannten Blatt, eine Untersuchung des Falles eingeleitet.

Der Hochverratsprozess gegen den „Ordensmeyer“ des Jungdeutschen Ordens, Wachraum, und den Ordenskanzler Bornemann ist eingeleitet worden.

Ein unerhörtes Urteil wurde in dem Landesverratsprozess gegen den Reichshofrat Vizepräsidenten Georg Wangerhofer am München gefällt. Wangerhofer war im Juli 1914, um sich einer Freiheitsstrafe zu entziehen, nach Frankreich gegangen. Als der Krieg ausbrach, verließ er mit drei anderen, sich dem deutschen Heere zu stellen. Am 11. August 1914 sprangen alle drei bei Nancy in die Maas, um auf deutschen Boden zu kommen. Sie wurden von dem französischen Militär überfallen und während ihrer Flucht erschossen wurden, internierte man Wangerhofer. Im Interniertenlager wurde er mit Verhöhnungen gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, bei dem verpflichtete, in die Fremdenlegation einzutreten. Bereits Ende August 1914 wurde er mit anderen nach Marokko gebracht. Im Jahre 1916 kehrte er nach München zurück. Wegen einer anderen Sache hatte er im vorigen Jahre im Volksgerichtssaal zu erscheinen. Dabei fand man bei ihm eine Niederchrift Kaiser Erbprinz. Wangerhofer wurde deshalb wegen Landesverrats verhaftet. Am Dienstag hatte er sich nun vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu verantworten, weil er sich während des Krieges angeblich einer feindsinnigen Macht zur Verfügung gestellt hat. Das Gericht verurteilte ihn wegen Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft.

Neuer Landesgewerbeärzte! Die mit der Arbeitslosigkeit verbundene Unterernährung und die stärkere Ausnutzung der Arbeitskraft infolge der Rationalisierung der Wirtschaft schufen für den Gesundheitszustand des Arbeiters neue Gefahren. Deshalb ist zur Förderung des Gesundheitsschutzes in den gewerblichen Betrieben eine Vermehrung der Zahl der Landesgewerbeärzte und der Ausbau ihrer Stellung dringend notwendig. Ausgeschieden amtierenden in Preußen nur sechs Landesgewerbeärzte. Einige davon arbeiten ohne jede Hilfskraft. Ärzte, die in Laboratoriumsarbeiten ausgebildet sind, fehlen gänzlich, und damit sind auch Möglichkeiten für den Nachwuchs der augenblicklich amtierenden Gewerbeärzte nicht gegeben. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags fordert deshalb vom Staatsministerium die Vermehrung der Zahl der Landesgewerbeärzte, ferner die Zuteilung von Assistenzärzten zur Ausbildung von Gewerbeärzten, Anstellung von Büro- und Laboratoriumshilfskräften, sowie die Veröffentlichung der Berichte der Landesgewerbeärzte nach Art der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Anpassung der Dienstaufwandsentschädigung an die Aufgaben der Landesgewerbeärzte.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages lehnte einen deutsch-nationalen Antrag auf Kürzung des Etats der Reichszentrale für Heimarbeit um 500 000 M. und vollständige und kommunalistische Anträge auf Aufhebung dieser Propagandastelle sowie einen kommunistischen Antrag auf Streichung der Kosten für den deutschen Volkspost beim Vatikan ab. — Staatssekretär von Schubert teilte mit, daß sich noch ein deutscher Kriegsgefangener namens Hoppe in französischen Händen befindet, der wegen Raubmordes an zwei Jollisten zum Tode verurteilt worden ist. Jedem deutschen Kriegsgefangenen in Ausland sei bekannt, daß er auf Reichskosten heimgeschafft wird; untreuwillig habe sich kaum noch ein Kriegsgefangener in Ausland auf. — Annahme fand eine Entschließung des Genossen Rath, die Zahl der Sachverständigen zur Förderung der Sozialpolitik im Auswärtigen Dienst zu vermindern. Die von den Deutschpolitischen und Kommunisten beantragte Streichung der Beihilfe für die Deutsche Liga für den Völkerverbund wurde abgelehnt.

## Uns.

Komik von Lawrence S. Desberry.  
Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermania Zur Mühlen.

„Der Mann ist toll, wie ein wilder Zorn, sollte er die ganze Nacht vergeblich gemacht haben?“ Ohne recht zu wissen, was er sagte, erwiderte er mühselig: „Das, was auch die Suppe nicht vertragen wird, wenn Sie sich nicht einschießen!“

„Ja, warum haben Sie das nicht gesagt?“ fragte der junge Mann voll prüflicher Würde. „Haben Sie gegen die Tür?“

„Manischer gehörte, und zu jeder großen Freizeitsitzung ein die Tür auf. Kommt das nachher, das hier die Tür öffnet.“

„Pfiffer“?

„Er sagte die Welle erhalte Troppet hinauf, ich aber den jungen Mann nicht mehr. Aus dem zweiten Stockwerk hörten Stimmen herab; Manischer erklimmte die Treppe, pochte an eine Tür, aber deren Spalt ließ keine Bewegung. Eine Frau hinter der Tür heraus, und ohnmächtig verlor Manischer die innerliche Rede: „Was geschah zu Galt und Zeit?“

„Hörst du?“, sagte er aus Verleumdung, und die Tür ging auf. Manischer's Blick durchdrang den großen auf einen Hinterhof verhängten Saal. Unter den vielen, dicht um das letzte Nebenerpfort verstreuten Menschen konnte er niemanden unterzeichnen. Er kam in die Hand zum Schellen, hielt sie vor dem Mund, brüllte hinein: „Dau! Dau! Dau! Dau!“

Die Menge teilte sich, ein Mädchen lief auf ihn zu: „Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!“

„Nach langer erlosch, brüllte er für das Kommando. „Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!“

„Was ist das für eine Stimme?“ „Was ist das?“

„Was ist das?“ „Was ist das?“

„Was ist das?“

Wilde Rufe wurden laut, eine scharfe Stimme erhob sich über dem Lärm: „Füssen heraus!“

Und nun sah Manischer, daß keiner der Männer unbewaffnet war; ja sogar viele der Frauen hatten Revolver.

„Ich vertrete nicht recht“, sprach er zu Frau. „Ihr seid doch eine legale Partei?“

„Ja, aber auch die anderen sind legal, und es gibt in Amerika verschiedene Schulen der Legalität; Sie sehen auf einer höheren, Uebertreten Sie uns, so interessiert das die Polizei nicht im geringsten. Uebertreten wir Sie, so läßt die Sache schon anders aus. Aber“

Die demonstrative, die Tür wurde aufgeschoben, eine Heine, triefende atonale Gestalt kroch in den Raum und eine schrille Reaktionsformie: „Hörst du?“, sagte er aus Verleumdung, und die Tür ging auf. Manischer's Blick durchdrang den großen auf einen Hinterhof verhängten Saal. Unter den vielen, dicht um das letzte Nebenerpfort verstreuten Menschen konnte er niemanden unterzeichnen. Er kam in die Hand zum Schellen, hielt sie vor dem Mund, brüllte hinein: „Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!“

Die Menge teilte sich, ein Mädchen lief auf ihn zu: „Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!“

„Nach langer erlosch, brüllte er für das Kommando. „Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!“

„Was ist das für eine Stimme?“ „Was ist das?“

„Was ist das?“

„Was ist das?“

„Der ist es!“ tief frant und stieß einen der Feinde zur Seite: „Vorwärts, Vorkomm!“

„Aber schon griffen unzählige Hände nach dem Agitator und zerrten ihn aus dem Zug.“

„Schließ!“ brüllte Abe Lincoln.

Manischer sah, wie einer der Feinde, ein hochgewachsener mächtiger Kerl, den Agitator fortgerissen wollte. Er hob den Revolver heim Lauf und schmetterte ihn aus allen Kräften auf den Schädel des anderen nieder. Dieser brach zusammen.

Nun drangen die Mitglieder der Federated-Farmers-Labour-Party vor durchbrachen die Reihen der Feinde, umringelten den Agitator, versuchten sich zum Ausgang zu drängen.

Ein Schuß fiel. Abe Lincoln fürchte laut auf, sein linker Arm hing schlief nieder; aber er hielt mit der rechten Hand, die die Wunde umklammert hielt, weiter um sich.

Vor dem Bahnhof kam es zu einer regelrechten Schlacht. Die Feinde waren in der Ueberzahl. Manischer, der sich noch immer in der Nähe des Agitators hielt, bekam einen Schuß ins Bein. Er knockte, wäre gefallen, hätte ihn nicht der Agitator aufgefangen.

Kämpfend waren sie in die Nähe der Automobile gedrängt worden. Aus dem einen Auto ertönte eine Stimme: „Ja, Fred! Steigt ein!“

Dau! Dau! Dau! Dau! Dau!

„Vorwärts, Ja, du darfst nicht verhaftet werden. Dort drüben kommt die Polizei. Vorwärts!“

Der Agitator hob Manischer in das Automobil, sprang dann selbst hinein.

Durch den heulenden Wind, den plätschernden Regen, das Getöse der Kämpfenden hörte der geliebte Ton der Autohupe auf. Der Kampf geriet ins Stoden. Freund und Feind wichen zur Seite, um nicht überfahren zu werden. Am entgegengesetzten Ende der Straße tauchte herrliche Polizei auf.

Sie fuhr in rasendem Tempo die Landstraße entlang. Der Agitator hatte eine Zigarette aus seinem Ohrl und zündete sie an. „Nun erst lassen die beiden Männer einander.“

„Nun erst!“

**Eine 150 Millionen-Anleihe vom Landtag beschlossen.**

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag in zweiter und dritter Sitzung den Beschlüssen zur Aufnahme einer Anleihe von 150 Millionen Mark an. Die Beträge der Anleihe werden für die Ausstattung des staatlichen Bestandes an Bergwerken, Häfen und Elektrizitätswerken sowie zur Förderung der Landwirtschaft verwendet. Da für die genannten Zwecke bereits vorübergehend 70 Millionen verwendet worden sind, erreicht der Landtag (gegen die Stimmen der Demokratischen und Kommunisten) nachträglich hierzu seine Genehmigung. Damit schließlich der Landtag über notwendige Voranschläge und über die wirtschaftliche Betätigung des Staates ganz allgemein besser unterrichtet werden kann, wird ein Ausschuss von 12 Mitgliedern eingesetzt. Der Ausschuss hat das Recht, jede ihm zu seiner Unterrichtung gelangende Auskunft vom Staatsministerium zu verlangen.

In der Aussprache schloß Finanzminister Höpfer-Altshoff die Bedeutung der Vorlage. Beim Ausbaue der Elektrizitätswerte wolle der Staat kein Monopol schaffen, sondern lediglich im Einvernehmen mit der Privatwirtschaft das ganze Land, vor allem auch die dünner bewohnten Gebiete, mit billiger elektrischer Kraft versorgen. Der Ausbau des Staettkaner Hafens diene vor allem dem notwendigen Verkehr mit Rußland. Das Vermögen, über das der preussische Staat verfüge, (Domänenbestand von 277 000 Hektar, Forstbestand von 2500 000 Hektar, Bergwerksbesitz Reddinghausen und Gbronia mit einer Förderung von 4,5 bzw. 4 Millionen Tonnen und rund 36 000 Arbeitern) berechtige die Regierung dazu, Anleihen abzuschließen. Die preussischen Finanzen händeln auf gesunde Grundlagen. Der Minister rechnet mit einem guten Erfolg der Anleihe.

Herr Dr. Waentig-Haase (Soz.): Die Einsetzung des Ausschusses schließt sich zunächst nur ein Experiment, aber der Versuch muß gemacht werden; denn ein Organ müßte da sein, das den Landtag über die Pläne der Regierung auch in einem früheren Stadium rechtzeitig in Kenntnis setzt. Mit der bloßen nachträglichen Mitteilung, daß die Maßnahmen des Finanzministers gut oder nicht gut gewesen, läßt sich der Landtag nicht zufrieden geben. In der Wirtschaftspolitik des preussischen Staates dürfe kein Partikularismus aufkommen. Die Verfolgung der Bevölkerung mit elektrischer Kraft sei eine so wichtige Sache, daß der Staat unmöglich darauf verzichten könne, die Befriedigung des Kraftbedarfs ganz aus der Hand zu geben. Das Durchschnitt in der Kraftverorgung müsse auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. (Beifall bei den Soz.)

Mittwoch: Zweite Beratung der Städteordnung.

**Die englischen Konservativen gegen polnische Abrüstung?**

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß die britische Regierung in Moskau unter Hinweis auf die fortwährende Gefahr durch Rußland gegen die geplante polnische Abrüstungseinschränkung Vorstellungen erhoben und gedrückt habe, indigenfalls Polens Verlangen nach einem Sitz im Völkerbundsrat nicht zu unterstützen.

**Kleine Auslandsnachrichten.**

Die englische Thronrede, das heißt das von König George V. jedes Parlamentsopening persönlich verlesene Regierungsprogramm, war außerordentlich für internationale Abrüstung und die Prüfung eines internationalen Arbeitsabkommens ein. Ferner wurde ein Beschluß angetreten, monoch ausländische Erzeugnisse in England wieder ein Herkunftszeichen tragen müssen. In der Aussprache griff der Arbeiteparteiler Clynes die Außenpolitik der konservativen Regierung an und verlangte, daß die Abrüstungsfrage nicht nur akademisch, sondern durch ein praktisches Beispiel Englands in Angriff genommen werde. Auch Lloyd George sprach für Abrüstung, während der Ministerpräsident Baldwin alles der internationalen Abrüstungskonferenz vorbehielt. Als ein anderer konservativer Sprecher den Arbeitslosen eines Teiles der Arbeitslosen bezweifelte, gab es stürmische Auftritte.

General Sukhomlinow, der ehemalige russische Kriegsminister, ist im Alter von 80 Jahren in einem Berliner Krankenhause gestorben. Sukhomlinow hat eine ungewöhnlich gelangvolle militärische Laufbahn hinter sich. 1903 wurde er russischer Generalstabschef, 1909 Kriegsminister. Bei Kriegsausbruch hat er eine unheilvolle Rolle gespielt. Er gab dem deutschen Militärdiktator am 27. Juli 1914 sein Ehrenwort, daß kein einziger russischer Truppenteil mobilisiert werden sei. Nach seinem Sturz wurde er wegen angeblicher Unterschleife zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die russischen Revolutionäre gaben ihm die Freiheit wieder. Er ging nach Deutschland und lebte in einem Vorort von Berlin. Mit ihm ist einer der verzweifeltsten Kriegsverbrecher aus dem Leben gestiegen.

**Aus aller Welt.**

75 000 Bergleute 1925 im Ruhrgebiet pranglückt! Die jüngste Explosionskatastrophe auf Zeche „Bismarck“, die an vergangenen Sonntagabend wieder neun Opfer forderte, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schreckensfiguren der Unfallschicksal des deutschen Bergbaues. Mit Entsetzen vernimmt man die Zahlen der Unglücksfälle und Todesopfer, die der Ruhrbergbau im Jahre 1925 verzeichnet. Fast 75 000 Bergarbeiter wurden verletzt, mehr als 1000 getötet. Von den Toten waren rund 650 verheiratet und 340 ledig.

Tödlicher Sturz von einem 60 Meter hohen Kamin. Auf der Zeche Wöhrtz bei Duisburg stürzten drei auf einem 60 Meter hohen Kaminbau beschäftigte Arbeiter infolge Gerüstsbruchs in die Tiefe. Einer war sofort tot, ein zweiter kam in Krankenhause. In dem Aufkommen des dritten wird gemeldet. Ein vierter Arbeiter kam mit leichteren Verletzungen davon.

Die Wahl des Berliner Stadtdirektors. Der Berliner städtische Wahlausschuss hat nach längerer Vorbereitungen sämtliche eingegangenen Bewerbungen bearbeitet und erst ihnen nur vier in die engere Wahl gestellt. Diese Herren sind Stadtdirektor Wolf-Drescher, Körner-Essen, Köhling-Köln, Professor Kühn-Berlin. Außer diesen vier sind dann noch in die engere Wahl der Verbandsdirektor der Christlichen Gewerkschaften, Dr. Schmidt, eingeleitet, der seine Bewerbung eingereicht hat. Seine Kandidatur kann nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen als gesichert bezeichnet werden.

Die Vorhaltung der Berliner Komischen Oper abgebrochen. Die gestrige Vorhaltung in der Berliner Komischen Oper, die jetzt von dem Gläubigerausschuss veranlaßt wird, ist abgebrochen worden, nachdem die Arbeiter und auch ein Teil der Schaulustigen sich geweigert hatten, ihre Tätigkeit fortzusetzen, wenn ihnen nicht ihr Lohn bzw. ihre Gage ausgezahlt würde. Dem Publikum wurde an der Kasse das Eintrittsgeld zurückgegeben.

**Aus Schlessen.**

**Achtung, Parteiführer, Ortsgruppenführer und im Kommunaldienst tätige Genossen!**

Am 20. Februar findet in Ober-Schreiberhau der diesjährige Provinzial-Vertretertag vom Verband preussischer Landgemeinden statt. Wir machen unsere Genossen schon jetzt darauf aufmerksam und bitten alle in Betracht kommenden Stellen, dafür zu sorgen, daß unsere Genossen, soweit sie als Bürgermeister oder Gemeindevorsteher betraugt sind, daran teilnehmen, darauf hingewiesen werden. Wir werden in der Tagespresse das Weiterer noch bekanntgeben.

J. A. Karl Mache, Bezirks-Vorstandsleiter.

**Ein Kommunalonkist.**

Aus Orlau wird uns geschrieben: Hier ist vor einigen Wochen ein neuer Bürgermeister gewählt worden, für den im wesentlichen die Pläne der Stadtverordnetenversammlung unter Führung der Sozialdemokratie eintreten. Die unterlegenen Kreise versuchten das neue Stadtoberhaupt dadurch unmöglich zu machen, daß sie es strafbar handlungen verdächtigten. Tatsächlich gelang es, den Staatsanwalt zu mobilisieren, der aber keinerlei Anlaß zum Eingreifen hat. Immerhin genügt diese Kampagne, um dem Orlauer Magistrat ein Vorgehen gegen sein zukünftiges Oberhaupt zu begründen; die Wahl würde vom Magistrat beanstandet. Das widerspricht zwar der üblichen Auslegung der Städteordnung, die Befugnisse des Magistrats gegen Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung im allgemeinen vorzieht, für die Bürgermeisterswahl aber nur das Befähigungsrecht des Ministers kennt. Daher wurde gegen das Verhalten des Magistrats auch Einspruch eingelegt. Es fand sich aber im Innenministerium tatsächlich ein Referent, der den Magistratsbescheid, als formal rechtmäßig bezeichnete und den Einspruch abwies. Gleichzeitig ließ aber derselbe Referent den Magistrat wissen, daß er zu dieser Entscheidung eigentlich gar nicht berechtigt gewesen sei!

Man weiß nicht, ob hier mehr Bequemlichkeit, Abneigung gegen die feingewählten Stadtverordnetenversammlung, Sympathie mit der Magistratsbehörde oder politische Abneigung gegen den linksstehenden Bürgermeister einen Ministerialefektenen solche wunden aber nicht ganz geraden Wege werden lassen. Jedenfalls sieht man, daß demokratische System Seberung wird zwar viel als radikal verfaßter, hat sich aber eigentlich noch nicht einmal in der Berliner Zentralbehörde der inneren Verwaltung Preußens voll gegen weit ältere Meinungen abrigelitschaftlicher Verwaltung durchgesetzt.

**Die Geisteskranken-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**

Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer stärker ansteigender Zustand an anfalls- pflegebedürftigen Geisteskranken, Schwärmsinnigen und Epileptikern in der Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Katastrophe in den zur Verfügung stehenden Anstalten bedacht zu sein. In den 12 Monaten von Oktober 1924 bis September 1925 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 30 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

Bisher war es möglich, einen nicht unbeträchtlichen Teil der dem Landesfürsorgeverband zur Anfallspflege überwiesenen Kranken in Privatanstalten unterzubringen. Die Zahl ist jedoch nunmehr bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt, sodass für die Folgezeit der Zuwachs allein von den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten aufgenommen werden muß. Nimmt man an, daß der errechnete Zuwachs von 30 Kranken pro Monat in gleicher Weise auch für die Zukunft anhalten, so müssen die in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten voraussichtlich zur Verfügung stehenden Plätze schon heute als unzureichend angesehen werden.

Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß gegenwärtig gerade die schwersten Fälle zahlreicher als früher sind, und daß daher sehr leicht der Fall eintreten kann und auch tatsächlich schon eingetreten ist, daß eine Anstalt zwar noch über freie Plätze in den offenen Krankenhäusern oder Stationen auf der Landwirtschaft verfügt, daß sie aber trotzdem einen einzuweisenden schwerkranken Kranken nicht aufnehmen kann, weil die Plätze in den unruhigen und nach Abteilungen voll besetzt sind.

Dem dargelegten Mangel an Krankenplätzen kann in gewissem Umfang durch den Neubau von Beamten-, insbesondere Pflgerwohnhäusern, abgeholfen werden. Es ist dies daraus zu erklären, daß in den Zeiten des Krieges und der Inflation, als die Belegung der Anstalten eine sehr schwache war, andererseits von den mit der Wohnnot ringenden Gemeinden auf eine Ausnutzung der leerstehenden Krankenträume gedrängt wurde, ein großer Teil der Krankenträume zu Notwohnungen für das Pflegepersonal umgebaut worden ist. Würde nun zunächst dieser Beamten durch Bau anderer Dienstwohnungen schaffen, so könnten dafür die nun ihnen jetzt bewakten Räume ihren eigentlichen Zweck als Krankenträume zurückgegeben werden. Auf diese Weise können in den einzelnen Anstalten (Leubus, Magwitz, Bunsau und Lüben) für insgesamt 480 Kranke (260 Männer, 220 Frauen) Krankenplätze freigestellt werden. Notwendig wäre dafür der Bau von insgesamt 80 Pflgerwohnungen bzw. Beamtenwohnungen, und zwar von 36 Wohnungen in Leubus, 8 in Magwitz, 12 in Bunsau, 24 in Lüben.

Der angelegte Kostenberechnung ergibt, daß im ganzen 1 440 000 Reichsmark hierfür an Geldmitteln erforderlich wären.

Zum Vergleich ist ferner ein Kostenberechnung angeschlossen worden für den Fall, daß man die in den Krankenträumen eingerichteten Notwohnungen bestehen läßt und dafür neue Krankenträume anstatt Notwohnungen baut. Für die 480 Plätze ergibt sich dann jedoch an Baukosten einschließlich Inventar, Heizung, Möbel, Lagerung die Summe von 2 400 000 Reichsmark, woraus ohne weiteres folgt, daß der Bau von Wohnungen sich billiger stellt als der Bau von Krankenträumen.

Eine weitere Möglichkeit, in beschränktem Umfang Maß für Neuaufnahmen zu schaffen ist die, daß die Privatanstalten, mit denen die Provinz in Verbindung steht, ihre Plätze durch Ein- oder Neubauten ihrer Belegungsplätze erhöhen. Selbstverständlich wäre auch hier die finanzielle Unterstützung der Provinz unerlässlich, indem leitend der Provinz den betreffenden Privatanstalten Darlehen zu einem mäßigen Zinssfuß zur Ausführung dieser Bauvorhaben gegeben werden müßten. Zurzeit werden solche Darlehen erbeten vom evangelischen Stieghaus in Kamtsau, das sich zur Schaffung von 20 bis 25 Plätzen für ruhige weibliche Kranke gegen Gewährung eines Darlehens von 30 000 Reichsmark erbetet, sowie von der Anstalt in Joar, wo ein Neubau von 30 Plätzen für jugendliche idioten mit einem Kostenaufwand von etwa 85 000 Reichsmark aufgeführt werden soll. Bei der Unterstüfung der privaten Anstalten ist es nicht ausgeschlossen, daß die Förderung des Bauens in Privatanstalten durch darlehensweise Gewährung von Geldmitteln sich für die Provinz billiger stellt, als der Bau eigener Wohnhäuser, weshalb dann naturgemäß dieser Weg zu bezeichnen wäre.

Daß die außerordentliche finanzielle Belastung der Provinzbehörden durch die für angeführten Baupläne diesen den Wunsch nahegelegt, die Ausführung so lange wie möglich hinauszuschieben, erscheint begreiflich. Wie häufig es jedoch gerade auf diesem Gebiet der Krankenpflege nur den finanziellen Standpunkt zur Geltung zu bringen, zeigen die sonst notwendigen Abhilfemaßnahmen gegen die Ueberfüllung der Heilanstalten, die sehr nachteilig auf die Krankheitsbehandlung wirken, wenn sie nicht sofort einen großen Teil der bisherigen Hefersfolge umwälzen machen müßten. Als solche werden genannt: 1. Eine Änderung der zur Aufnahme beantragten Fälle auf die unbedeutende Notwendigkeit der Anfallspflege, 2. möglichst frühzeitige Entlassung der in den Anstalten befindlichen Kranken, unterstützt durch eine von den Anstalten ausübende Entlassenenfürsorge, und 3. engere Zusammenlegung der Kranken in den Anstalten, wobei nötigenfalls eine Überänderung der zurzeit geltenden Anordnungen über die Belegungshöhe der Anstalten in Betracht zu bringen wäre.

Insoweit die gedachten Maßnahmen Neubauten ganz oder zum Teil überflüssig machen werden, läßt sich heute noch nicht in vollem Umfang übersehen. Wenn heute auch viele mit einem Nachlassen der Kurzeit im Vergleich zu den Kriegsjahren überaus starken Zunahme von Geisteskranken rechnen, so darf man auf diese Hoffnungen nicht allzu viel setzen. In den Kriegsjahren lebte ein besser konstituierter Mensch in besseren, meist ruhigeren Zeiten. Der heutige Mensch, ob jung oder alt, ist entweder vermehrt oder als Kriegskind so konstituiert, daß beide Körperlich außerordentlich schwach sind; dazu kommen die Zerrüttungen mannigfaltigster Art, hervorgerufen durch die Not der Zeit, die bis zu jedem einzelnen durchschlägt. Alles dies trägt dazu bei, und das ist wohl eines der traurigsten Kapitel der Leidengeschichte des deutschen Volkes, daß wir wohl noch lange damit rechnen müssen, in Bezug auf die genannte Krankheit schlechter dazu stehen, als vor dem Kriege.

**Dienstag. Spuren eines altkirchlichen Bauwerks?** Beim Abbruch des Hauses Am Markt 3, dessen Rückbau zwangsweise durch polizeiliche Anforderung wegen drohender Einsturzgefahr herbeigeführt werden mußte, sind bei der Freilegung der Gewölbteile des Nachbargebäudes hohe gotische Wölbungen festgestellt worden, die maßstabsgemäß von einem früher kirchlichen Zweck dienenden Bauelement herrühren.

**Dienstag. Zucht haus für Kirchenräuber.** Von dem Großen Schöffengericht in Pleschen wurden sechs Kirchenräuber zu insgesamt 37 Jahren Zucht haus verurteilt.

**Köthenbach. Grubenunfall.** Am Vormittag des 1. Februar verunglückte in der 5. Abteilung der Grubenarbeit der Schlepper Reinhold Krebs aus Mittel-Rondradwalbau, als er einer Benzolofomotive begegnete. Er wurde von der Lokomotive erfasst und an einen Wagen gequetscht, dabei erlitt er eine erhebliche Quetschung des Beckens, die seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte.

**Neisse. Festnahme eines gefährlichen Verbrechers.** Durch einen Kriminalbeamten des Jagdwartkommandos Randzin wurde ein gefährlicher Verbrecher dingfest gemacht. Es ist der 32 Jahre alte Schlosser Reinhold Wilmwold aus Wapdeburg. Er ist in der Nacht vom 21. zum 22. vorigen Monats in das Stat onengebäude in Neuwalde eingedrungen, um die Stationskasse zu heben. Dabei hatte er gelacht so lange gewartet, bis der Stationsvorsteher draußen einen Güterzug abzuwarten hatte. Das ging aber schief, als der Einbrecher vermutete, und der Vorsteher übertrugte ihn in voller Tätigkeit. Der Verbrecher schlug den Beamten beim Betreten des Zimmers mit einer eisernen Axtschlange über den Kopf und entließ. Verschiedene andere Einbrüche an demselben Tage konnten zweifellos auf sein Konto. Bei der Festnahme wurde in seiner Kleidung verdeckt modernes Einbrecherwerkzeug gefunden.

**Ein Opfer der Weltleidenschaft.**

Der Dorfbrand, Reichsbankoberinspektor Hergesell, der zugunsten seiner Kollegen eine Beamtenkasse verwaltete und in dieser Eigenschaft etwa 40 000 Mark unterverhlag, hat sich am Montag vormittag dem Gericht gestellt. Hergesell ist in vollem Umfange geltändig und bezeichnet sich als Opfer seiner Weltleidenschaft.

**Die schwarze Liste des Berliner Besuchs**

ist in Form einer Bilanz von 1925 herausgegeben worden. Sie umfasst 11 156 Zusammenkünfte, 4929 Besuche und 143 Tote.

**Während eines Scheiters**

in Komotau in Deutschböhmen sprang die Frau aus dem zweiten Stockwerk auf die Straße. Als man sie stehend in die Wohnung zurücktrug, fand man den Gasten, der sich inzwischen eine Augel durch die Schläfe gestochen hatte, tot vor.

**Eine interessante astronomische Entdeckung**

machte der holländische Astronom Dr. Baudevos bei Forschungen in Südbrasilien. Baudevos stellte u. a. 180 neue Doppelsterne fest, ferner eine Gruppe von drei Doppelsternen, die zusammen ein sechsaches Sternbild ergeben. Der Gelehrte erklärt seine bedeutungsvolle Entdeckung daraus daß viele Doppelsterne bisher für einfache Sterne gehalten werden.

**Bibelpropaganda durch die Presse.**

Wenn es für den europäischen Leser schon erstaunlich war, daß die amerikanischen Zeitungen im vergangenen Jahr in ihren Leitartikeln dem amerikanischen Volk den Unterschied zwischen Fundamentalfisten und Modernisten in der Auslegung klar machten, und anlässlich des berühmten Offenprozesses die gleichen Zeitungen der gleichen Streitfrage noch größeren Raum widmeten, so ist es jetzt mit Recht über die Nachricht, daß zahlreiche Zeitungen von nun an täglich eine biblische Geschichte in Fortsetzungen bringen werden. Der Gedanke geht von dem New-Yorker „Bible Service“ aus, dem frühesten „Jurnal zur Bibel“ in New-York, dieser Presse denkt will an mehr als tausend Tageszeitungen die gesamte biblische Geschichte kostenlos zum Druck liefern. Nach den Schätzungen des Bureau werden, bei täglicher Fortsetzung, zweieinhalb Jahre nötig sein,

um die ganze biblische Geschichte zu bringen. In einer Ausbehnung auf Wochenblätter und Handelsberichte sowie Radio-Programme wird eifrig gearbeitet.

**Die Vernichtung der Wälder in der Arim.**

Die Zeitung „Krasnii Arim“ weist in einem Artikel auf die Gefahr einer unvollständigen Vernichtung der Wälder in der Umgebung von Jalta hin. Viele hundert Quadrat Wälder und Parks seien bereits vernichtet und das Holz zu Bauzwecken verwandelt worden. Die früheren Wäldchen werden in Tabakplantagen verwandelt. „Näher auch Jalta von Moskau,“ schreibt das Blatt, „und ihr werdet sehen, wie die einmal herrlichen Wälder in Tabakblöden verwandelt wurden! Die Folgen davon werden sich zweifellos bald darin zeigen, daß sich Aufweichungen des Bodens einstellen werden.“

**Schlafkrankheit in Moskau.**

Die seit etwa zwei Jahren auch in Moskau aufgetretene Schlafkrankheit hat in jüngerer Zeit epidemischen Charakter angenommen. Sie macht sich in sehr verschiedenartigen Formen bemerkbar. Ihre Bekämpfung ist äußerst schwierig, da man ihren Erreger bisher noch nicht hat feststellen können.

**Die Entdeckung eines vorgeschichtlichen mongolischen Volkes.**

Eine Anzahl hervorragender Sachverständiger hat sich in Stockholm versammelt, um dort die Funde zu prüfen, die Professor Gunnar Andersson aus China-Lasien mitgebracht hat. Es handelt sich hier um die Überreste eines vorgeschichtlichen mongolischen Volkes, das um 800 v. Chr. lebte. Andersson hat mehr als 100 Gräber dieses Volkes durchforcht und eine große Sammlung von Leinwand, Schmuckstücken und Tongefäßen angehäuft. Der Forscher für mittelasiatische Vorgeschichte an der Pariser Sorbonne, Peissot, erklärte, daß die außerordentliche Bedeutung dieser Entdeckung in den geistigen Zusammenhängen liegt, die sich hier zwischen einer mongolischen Rasse und den Wäldern Mittelasiens, Sibiriens und Arktis aus der Zeit um 800 v. Chr. offenbaren. Eine besonders enge Verwandtschaft zeigen diese mongolischen Funde mit den jüngeren Entdeckungen zu Ur in Mesopotamien, und es wird eine weitere Aufgabe der historischen Forschung sein, den hier bestehenden Zusammenhängen durch eine genaue Entdeckung der Funde nachzugehen.



# Eine 150 Millionen-Anleihe vom Landtag beschlossen.

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag in zweiter und dritter Sitzung den Bescheid zur Annahme einer Anleihe von 150 Millionen Mark an. Die Beträge der Anleihe werden für die Ausgestaltung des staatlichen Budgets an Eisenwerken, Häfen und Elektrizitätswesen sowie zur Förderung der Landwirtschaft verwendet. Da für die genannten Zwecke bereits vorstufweise 70 Millionen verwendet worden sind, erreicht der Landtag (gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten) nachträglich hierzu keine Genehmigung. Damit ist für den Landtag über notwendige Voraussetzungen und über die wirtschaftliche Betätigung des Staates ganz allgemein besser unterrichtet werden kann, wird ein Ausschuss von 12 Mitgliedern eingesetzt. Der Ausschuss hat das Recht, jede ihm zu seiner Unternehmung geeignete Auskunft vom Staatsministerium zu verlangen.

In der Aussprache schildert Finanzminister Hüpper-Wolff die Bedeutung der Vorlage. Beim Ausbau der Elektrizität sollte die Verantwortung nicht in die Hände der Privatwirtschaft, sondern lediglich im Eigentum des Staates zu liegen. Das ganze Land, vor allem auch die dünn besiedelten Gebiete, mit billiger elektrischer Kraft versorgen. Der Ausbau des Staates ist ein Schritt vor allem dem notwendigen Verkehr mit Ostpreußen. Das Vermögen, über das der preussische Staat verfügt, (Einkommensteuer von 277 000 Hektar, Forstbestände von 2 500 000 Hektar, Bergwerksbesitz Neudamm und Silesien mit einer Förderung von 4,5 bzw. 4 Millionen Tonnen und rund 36 000 Arbeitern) berechnete die Regierung dazu, Anleihen abzuschließen. Die preussischen Finanzen stünden auf gesunder Grundlage. Der Minister rechnete mit einem guten Erfolg der Anleihe.

Hg. Dr. Baentig-Halle (Soz.): Die Einsetzung des Zwölfer-Ausschusses sei zunächst nur ein Experiment, aber der Versuch müsse gemacht werden; denn ein Organ müsse da sein, das den Landtag über die Pläne der Regierung auch in einem früheren Stadium rechtzeitig in Kenntnis setze. Mit der bloßen nachträglichen Freigabe, dass die Maßnahmen des Finanzministers gut oder nicht gut gewesen, könne sich der Landtag nicht zufriedengeben. In der Wirtschaftspolitik des preussischen Staates dürfe kein Partikularismus aufkommen. Die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Kraft sei eine so wichtige Sache, dass das Staat unumgänglich darauf verzichten könne, die Befriedigung des Kraftbedarfs ganz aus der Hand zu geben. Das Durcheinander in der Kraftversorgung müsse auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. (Beifall bei den Soz.)

Mittwoch: Zweite Beratung der Stadtordnung.

## Die englischen Konservativen gegen polnische Abrüstung?

London, 1. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ will aus letzter Woche erfahren haben, daß die britische Regierung in Warschau unter Hinweis auf die fortwährende Gefahr durch Rußland gegen die geplante polnische Abrüstung Einschränkungen vorgebracht haben und gedroht habe, widrigenfalls Polens Verlangen nach einem Sitz im Völkerbundesrat nicht zu unterstützen.

## kleine Auslandsnachrichten.

Die englische Thronrede, das heißt das vom König zu Beginn jeder Parlamentsperiode persönlich verlesene Regierungsprogramm, trat außerordentlich für internationale Abrüstung und die Prüflung eines internationalen Arbeitsabkommens ein. Ferner wurde ein Geleiz angekündigt, wonach ausländische Erzeugnisse in England wieder ein Heimatszeichen tragen müssen. In der Aussprache griff der Arbeiterpartei-Generalsekretär die Intransigenz der konservativen Regierung an und verlangte, daß die Abrüstungsfrage nicht nur akademisch, sondern durch ein praktisches Beispiel Englands in Angriff genommen würde. Auch Lloyd George sprach für Abrüstung, während der Ministerpräsident Baldwin alles der internationalen Abrüstungskonferenz vorbehielt. Als ein anderer konservativer Sprecher den Arbeitswillen eines Teiles der Arbeitslosen begreiflichte, gab es stürmische Auftritte.

General Suworinow, der ehemalige russische Kriegsmarschall, ist im Alter von 80 Jahren in einem Berliner Krankenhaus gestorben. Suworinow hat eine ungewöhnlich planvolle militärische Laufbahn hinter sich. 1908 wurde er russischer Generalmajor, 1909 Kriegsmarschall. Bei Kriegsausbruch hat er eine unheilvolle Rolle gespielt. Er gab dem deutschen Militärattaché am 27. Juli 1914 sein Ehrenwort, daß noch kein einziger russischer Truppenteil mobilisiert worden sei. Nach seinem Sturz wurde er wegen angeblicher Untertänigkeit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Die russische Revolutionäre gaben ihm die Freiheit wieder. Er ging nach Deutschland und lebte in einem Borort von Berlin. Mit ihm ist einer der verhängnisvollsten Kriegsverbrecher aus dem Leben geschieden.

## Aus aller Welt.

**75 000 Bergleute 1925 im Ruhrgebiet verunglückt!**  
Die jüngste Explosionskatastrophe auf Zeche „Bismarck“, die am vergangenen Sonnabend wieder neun Opfer forderte, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schreckensziffern der Unfallstatistik des deutschen Bergbaues. Mit Entsetzen vernimmt man die Zahlen der Unglücksfälle und Todesopfer, die der Ruhrbergbau im Jahre 1925 verzeichnet. Fast 75 000 Bergarbeiter wurden verletzt, mehr als 1000 getötet. Von den Toten waren rund 600 verheiratet und 340 ledig.

**Tödlicher Sturz von einem 60 Meter hohen Kamin.**  
Auf der Zeche Böhmig bei Duisburg stürzten drei auf einem 60 Meter hohen Kaminbau Beschäftigte Arbeiter infolge Geröllsturzes in die Tiefe. Einer war sofort tot, ein zweiter starb im Krankenhaus. An dem Aufkommen des dritten wird gewarnt. Ein vierter Arbeiter kam mit leichten Verletzungen davon.

**Die Wahl des Berliner Stadtbeirates.**  
Der Berliner städtische Wahlausschuss hat nach längeren Vorbereitungen sämtliche eingegangenen Bewerbungen bearbeitet und aus ihnen nur vier in die engere Wahl gestellt. Diese Herren sind Stadthaushalt Wolf-Dresden, Körner-Essen, Kühling-Röllin, Professor Kühn-Berlin. Außer diesen vier sind dann noch in die engere Wahl der Wahlprüfungs-Verband, Dr. Schmidt, eingeklebt, der seine Bewerbung eingereicht hat. Seine Kandidatur kann nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen als gefährdet bezeichnet werden.

**Die Vorstellung der Berliner Komischen Oper abgebrochen.**  
Die geistige Vorstellung in der Berliner Komischen Oper, die jetzt von dem Gläubigerausschuss verwaltet wird, ist abgebrochen worden, nachdem die Arbeiter und auch ein Teil der Schauspielerei sich geweigert hatten, ihre Tätigkeit fortzusetzen, wenn ihnen nicht ihr Lohn bzw. ihre Tage ausgezahlt würde. Dem Publikum wurde an der Kasse das Eintrittsgeld zurückgekehrt.

## Aus Schlessen.

**Achtung, Parteisekretäre, Ortsgruppenführer und im Kommunaldienst tätige Genossen!**

Am 20. Februar findet in Ober-Schreiberhau der diesjährige Provinzial-Parteitag vom Verband preussischer Landgemeinden statt. Wir machen unsere Genossen schon jetzt darauf aufmerksam und bitten alle in Betracht kommenden Stellen, dafür zu sorgen, daß unsere Genossen, soweit sie als Parteimitglieder oder Gemeindevorsteher betitelt sind, daran teilzunehmen, darauf hingewiesen werden. Wir werden in der Tagespresse das Weitere noch bekanntgeben.  
J. U. Karl Mache,  
Bezirks-Parteisekretär.

## Ein Kommunalaufrüst.

Aus Ohlau wird uns geschrieben:  
Hier ist vor einigen Wochen ein neuer Bürgermeister gewählt worden, für den im wesentlichen die Linke der Stadtverordnetenversammlung unter Führung der Sozialdemokratie eintrat. Die unterlegenen Kreise versuchten das neue Stadtoberhaupt dadurch unmöglich zu machen, daß sie es strafbarer Handlungen verdächtigen. Tatsächlich gelang es, den Staatsanwalt zu mobilisieren, der aber keinerlei Anlaß zum Eingreifen hat. Immerhin genügt diese Kampagne, um dem Ohlauer Magistrat ein Vorgehen gegen sein zukünftiges Oberhaupt zu begründen: die Wahl wurde vom Magistrat beanstandet. Das widerspricht zwar der üblichen Auslegung der Städteordnung, die Bestimmungen des Magistrats gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung im allgemeinen vorsieht, für die Bürgermeistereiwahl aber nur das Bestehen der Wahlprüfungskommission. Daher wurde gegen das Verhalten des Magistrats auch Einspruch eingelegt. Es fand sich aber im Innenministerium tatsächlich ein Referent, der den Magistratsbeschluss, als formal rechtmäßig bezeichnete und den Einspruch abwieh. Gleichgültig ließ aber derselbe Referent den Magistrat wissen, daß er zu dieser Entscheidung eigentlich gar nicht berechtigt gewesen sei!

Man weiß nicht, wo hier mehr Bequemlichkeit, Abneigung gegen die freigewählte Stadtverordnetenversammlung, Sympathie mit der Magistratsbehörde oder politische Abrechnung gegen den linksstehenden Bürgermeister einen Ministerialreferenten solche wunderbaren aber nicht ganz geraden Wege wandeln lassen. Jedenfalls sieht man, daß demokratische System Genugthuung zwar viel als allzu radikal verlästert, hat sich aber eigentlich noch nicht einmal in der Berliner Zentralschönherren der inneren Verwaltung Preußens voll gegen weit ältere Methoden obersteils-staatlicher Verwaltung durchgesetzt.

## Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.

Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

Bisher war es möglich, einen nicht unbedeutlichen Teil der dem Landesfürsorgeverband zur Anstaltspflege übergebenen Kranken in Privatanstalten unterzubringen. Diese sind jedoch nunmehr bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt, so daß für die Folgezeit der Zuwachs allein von den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten aufgenommen werden muß. Nimmt man an, daß der erreichte Zuwachs von 50 Kranken pro Monat in gleicher Weise auch für die Zukunft anhält, so müssen die in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten voraussetzlich zur Verfügung stehenden Plätze schon heute als unzureichend angesehen werden.

Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß gegenwärtig gerade die schwereren Fälle zahlreicher als früher sind, und daß daher sehr leicht der Fall eintreten kann und auch tatsächlich schon eingetreten ist, daß eine Anstalt zwar noch über freie Plätze in den offenen Landhäusern oder Stationen auf der Landwirksamkeit verfügt, daß sie aber trotzdem einen einwirkenden schwerkranken Kranken nicht aufnehmen kann, weil die Plätze in den unterhalten und Wachs-Wartungen voll besetzt sind.

Dem dargelegten Mangel an Krankenplätzen kann in gewissem Umfang durch den Neubau von Beamten-, insbesondere Pflegebehörden, abgeholfen werden. Es ist dies daraus zu erklären, daß in den Zeiten des Krieges und der Inflation, als die Belegung der Anstalten eine sehr schwache war, andererseits von den mit der Wohnungsvernot ringenden Gemeinden auf eine Ausnutzung der leerstehenden Krankenzimmer bedacht wurde, ein großer Teil der Krankenzimmer zu Mietwohnungen für das Pflegepersonal umgebaut worden ist. Würde man zunächst diesen Beamten durch Bau anderer Mietwohnungen schaffen, so könnten dafür die von ihnen jetzt benutzten Räume ihrem eigentlichen Zweck als Krankenzimmer zurückgegeben werden. Auf diese Weise könnten in den einzelnen Anstalten (Reubus, Plagwitz, Bunsau und Lützen) für insgesamt 480 Kranke (260 Männer, 220 Frauen) Krankenplätze freigemacht werden. Notwendig wäre dafür der Bau von insgesamt 80 Pflegewohnungen bzw. Beamtenwohnungen, und zwar von 36 Wohnungen in Reubus, 8 in Plagwitz, 12 in Bunsau, 24 in Lützen.

Der angestellte Kostenanschlag ergibt, daß im ganzen 1 440 000 Reichsmark hierfür an Geldmitteln erforderlich wären.

Zum Vergleich ist ferner ein Kostenüberblick aufgestellt worden für den Fall, daß man die in den Krankenzimmern eingerichteten Mietwohnungen beschließen läßt und dafür neue Krankenzimmer anstatt Mietwohnungen baut. Für die 480 Plätze ergibt sich dann jedoch an Kosten ein einschneidendes negatives Ergebnis. Während die Übernahme der Summe von 2 400 000 Reichsmark, woraus ohne weiteres folgt, daß der Bau von Wohnungen sich billiger stellt als der Bau von Krankenzimmern.

Eine weitere Möglichkeit, in beschränktem Umfang Platz für Mietwohnungen zu schaffen, ist die, daß die Privatanstalten, mit denen die Provinz in Verbindung steht, ihrerseits durch Ein- oder Neubauten ihre Belegungsfähigkeit erhöhen. Selbstverständlich wäre auch hier die finanzielle Unterstützung der Provinz unerlässlich, indem die Provinz den betreffenden Privatanstalten Darlehen zu einem mäßigen Zinssatze zwecks Ausführung dieser Bauten gegeben werden müßte. Zurzeit werden solche Darlehen vom Oberstaatssekretär des Landeshauses in Kamtsau, das sich zur Schaffung von 20 bis 25 Plätzen für kranke weibliche Kranke gegen Bewährung eines Darlehens von 30 000 Reichsmark erboten, sowie von der Anstalt in Gyar, wo ein Neubau von 25 Plätzen für jugendliche Idioten mit einem Kostenaufwand von etwa 35 000 Reichsmark angedacht wird. Bei der Unternehmung der privaten Anstalten ist es nicht ausgeschlossen, daß die Förderung des Bauens in Privatanstalten durch darlehensweise Bewährung von Geldmitteln sich für die Provinz billiger stellt, als der Bau eigener Wohnhäuser, weshalb dann naturgemäß dieser Weg zu beschreiten wäre.

Daß die außerordentlichen finanziellen Belastungen der Provinz, bedingt durch die sehr angestiegenen Baukosten die den Mangel nahegelegt die Ausführung so lange wie möglich hinauszuschieben, erkennt begrifflich. Wie falsch es jedoch wäre, gerade auf diesem Gebiete der Krankenpflege nur den finanziellen Standpunkt zur Geltung zu bringen, zeigen die sonst notwendigen Maßnahmen gegen die Ueberbevölkerung der Heilanstalten, die sehr nachteilig auf die Krankenbehandlung wirken, wenn sie nicht gegen einen großen Teil der bisherigen Heilanstalten umgestaltet werden könnten. Als solche werden genannt: 1. Scharfe Sichtung der zur Aufnahme bestimmten Fälle auf die unbedingte Notwendigkeit der Anstaltsaufnahme, 2. Möglichst frühzeitige Entlassung der in den Anstalten befindlichen Kranken, unterstützt durch eine von den Anstalten auszubehnde Entlassenerfürsorge, und 3. engere Zusammenlegung der Kranken in den Anstalten, wobei nötigenfalls eine Abänderung der zurzeit geltenden Anordnungen über die Belegungsstärke der Anstalten in Antrag zu bringen wäre.

## Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.

Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

Bisher war es möglich, einen nicht unbedeutlichen Teil der dem Landesfürsorgeverband zur Anstaltspflege übergebenen Kranken in Privatanstalten unterzubringen. Diese sind jedoch nunmehr bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt, so daß für die Folgezeit der Zuwachs allein von den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten aufgenommen werden muß. Nimmt man an, daß der erreichte Zuwachs von 50 Kranken pro Monat in gleicher Weise auch für die Zukunft anhält, so müssen die in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten voraussetzlich zur Verfügung stehenden Plätze schon heute als unzureichend angesehen werden.

Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß gegenwärtig gerade die schwereren Fälle zahlreicher als früher sind, und daß daher sehr leicht der Fall eintreten kann und auch tatsächlich schon eingetreten ist, daß eine Anstalt zwar noch über freie Plätze in den offenen Landhäusern oder Stationen auf der Landwirksamkeit verfügt, daß sie aber trotzdem einen einwirkenden schwerkranken Kranken nicht aufnehmen kann, weil die Plätze in den unterhalten und Wachs-Wartungen voll besetzt sind.

Dem dargelegten Mangel an Krankenplätzen kann in gewissem Umfang durch den Neubau von Beamten-, insbesondere Pflegebehörden, abgeholfen werden. Es ist dies daraus zu erklären, daß in den Zeiten des Krieges und der Inflation, als die Belegung der Anstalten eine sehr schwache war, andererseits von den mit der Wohnungsvernot ringenden Gemeinden auf eine Ausnutzung der leerstehenden Krankenzimmer bedacht wurde, ein großer Teil der Krankenzimmer zu Mietwohnungen für das Pflegepersonal umgebaut worden ist. Würde man zunächst diesen Beamten durch Bau anderer Mietwohnungen schaffen, so könnten dafür die von ihnen jetzt benutzten Räume ihrem eigentlichen Zweck als Krankenzimmer zurückgegeben werden. Auf diese Weise könnten in den einzelnen Anstalten (Reubus, Plagwitz, Bunsau und Lützen) für insgesamt 480 Kranke (260 Männer, 220 Frauen) Krankenplätze freigemacht werden. Notwendig wäre dafür der Bau von insgesamt 80 Pflegewohnungen bzw. Beamtenwohnungen, und zwar von 36 Wohnungen in Reubus, 8 in Plagwitz, 12 in Bunsau, 24 in Lützen.

Der angestellte Kostenanschlag ergibt, daß im ganzen 1 440 000 Reichsmark hierfür an Geldmitteln erforderlich wären.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

**Die Gassestrassen-Fürsorge der Provinz Niederschlesien.**  
Seit dem Jahre 1922 macht sich ein zunächst allmählich beginnender, später immer härter ansetzender Zustrom an ansteckungsgefährlichen Gassestrassen, Schwachsinntigen und Epileptischen in die Fürsorge des Landesfürsorgeverbandes von Niederschlesien bemerkbar, der dazu zwingt, alsbald auf Maßnahmen zur Verhütung der drohenden Plage in den zur Verfügung stehenden Anstalten Bedacht zu nehmen. In den 12 Monaten vom Oktober 1921 bis September 1922 ist ein durchschnittlicher monatlicher Zuwachs von rund 50 Kranken oder jährlich von rund 600 Kranken festzustellen.

Kaufe gleich  
zahle später

Baumwolle  
u. Angestellter  
in sicherer Stellung  
kaufen bei uns  
**ohne**  
Anzahlung

Jeder Verkauf ist streng diskret

Die Waren werden bei gediegenem  
Ausweis sofort mitgegeben.  
Zweiggeschäfte in vielen Großstädten

Alles  
übrige sagen  
unsere 4 großen  
Schaufenster  
Besichtigung sehr  
lohnend

# Jetzt zugreifen

Höchste Leistungsfähigkeit in Weltstehende  
Kultur u. Riesenauswahl

Nur Qualitätswaren

Die  
letzten Tage  
des  
Inventur-  
Ausverkaufs

## Donnerstag Freitag Samstag

Noch billiger wie in den ersten Tagen  
werden jetzt die Restbestände geräumt zu  
Preisen, die nicht wiederkehren.

### Herren-Moden

Herren-, Burschen- und Knaben-  
Anzüge, Smoking, Fracks, Tanz-  
Anzüge, Herren-, Burschen- und  
Knaben-Unter-, Paletots, Gummi- u.  
Lodenmäntel, Windjacken, Hosen

### Damen-Moden

Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider,  
Blusen, Röcke, Strick-Kleider,  
-Kostüme, -Westen, -Pulllover,  
Gummi- und Lodenmäntel, Sport-,  
Bachisch- und Kinder-Bekleidung

### Maß-Abteilung

für Damen und Herren:  
Deutsche und original englische  
Stoffe unter Garantie vor  
gutem Sitz und bester Verarbeitung

Spezialität: Konfirmanden-  
Anzüge u. Konfirmanden-Kleider

Das große Mode-kauf-  
haus mit moderner  
Kreditbewilligung

## Deutsche Bekleidungsgef.

### Junkernstr. 38/40

direkt am Christophorplatz  
gegenüber der Bahnhofsbank.



### Stadt-Theater

Mittwoch 7 Uhr:  
11. Vorstellung im Abonnement:  
**Die Zauberflöte**

Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**Indigo.** 10415

Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Das verurteilte Mädchen.**

### Lobetheater

Wittgenstr. 8, Tel. Nr. 6774  
Mittwoch, 3. Februar, 8 Uhr:  
**Das große Welttheater.**  
Freitag, den 5. Febr., 8 Uhr:  
Donnerstag, den 4. Febr., 8 Uhr:  
**Das große Welttheater.**

### Thalia-Theater

Schwerstr. 9, Tel. Nr. 6700  
Mittwoch, den 3. Febr., 8 Uhr:  
Donnerstag, den 4. Febr., 8 Uhr:  
Freitag, den 5. Febr., 8 Uhr:  
**Der Kreidekreis.**

### Schauspielhaus

Operettenbühne.  
Tel. Stephan 37466.  
Dienstag 8 Uhr:

Mittwoch und täglich 8 Uhr:  
Gastspiel Elli Leux

Aufftreten Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung:

**Die Teresina**

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Aufftreten Walter Jankuhn

**Der Orlov.**

Prämiierte 10025

**Wastentöpfe**

entzündende Kerzen,  
verleiht billigst

**Zander,** Straße 28, 1.

### Masken-

und 10442

**Theater-**

**Kostüme**

**C. Schilwa**

Schneiderei 49  
in der Nähe der Universität

Lehrstraße 29, 1. Stöckchen

### Masken-

**Perücken**

verleiht preiswert

**Lehmann,** Thomashof, 132

### Interate

erzielen in der

**Erfolg!**

## Lieblich

THEATER  
Monat Februar 1926 Zwei Täglich abends 8 Uhr  
**Sensations-Gastspiele**



**der Unverwundbare**  
Die Wunder der Wissenschaft - Das große Bild des 21. Jahrhunderts  
Hymnen - Gedichte mit musikalischer  
Begleitung, Kränze, Adressen



**Katie  
Sandwina**  
genannt:  
**Der weibliche Dröbner**

**MAX MARZELLI**



**DUNCANS**  
schottische Schäferhunde  
der Gage der Dames

und das große Februar-Programm

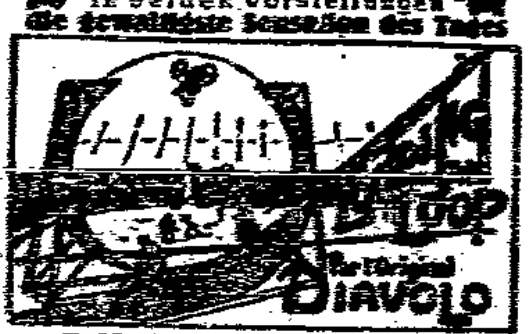
Brüder John Alex Chester A. Kingston

Ryan u. Burke Felix H. Voß

Das große Programm in billigen Preisen um 75 Pf. an  
den Abendveranstaltungen - Karten zu haben im  
Theater

## ARKUN STRASSBURGER

Heute **2 X** nachmittags 3.30  
Mittwoch: abends 7.30 Uhr  
Nachmittags Kinder  
und Erwachsene **halbe Preise.**  
In beiden Vorstellungen  
die gewaltigste Sensation des Tages



**Der Diavolo**  
3 Meter offene Schiffe  
und das glänzende Zirkusprogramm!

Einmalige Sensation und Zirkusprogramm.  
Jugend-Gesellschaft weiter möglich!

### Die Juristische Fachschaft der Universität Breslau

gibt sich die Ehre, alle Alt- und Jung-Juristen zu dem  
am **5. Februar, abends 7 Uhr,**  
im Konzerthaus „200“ stattfindenden

## Juristen-Ball

ergebenst einzuladen. Karten zum Preise von 2.80 Mk.  
bezw. 1.40 Mk. für Stud., Ref., Ass. von 10-12 Uhr  
Kammer der Studentenschaft bezw. Abendkasse.

Auch ein Beitrag zur Fürsten-Habgier!

## Der Fall Rappich und die Kronprinzen-Affäre in Oels

Preis 50 Pf.

Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung,  
bei den Kolporteurs und Straßenhändlern.

Druckerei Volkswacht Ausführung  
Breslau 2 aller Drucksachen  
Flurstraße 4/6

Schürzenstr. 2-10 Wf.  
Lippert, Heinrichstr. 16.

## Genossen!

Genossinnen  
Eure Familien-  
anzeigen der  
**Volkswacht**

## Turner

laufen wieder den guten  
Hallenschuh mit Lauf-  
leder sole, Hinterkappe  
u. Gummibau  
**Art 44** 10159

Beste u. billigste Turnschuh.  
Vor dem Kriege wurden  
jährlich tausende von Paaren  
nach Breslau geliefert. Ver-  
langen Sie heute noch kosten-  
lose Preisliste.

**K. Kleye,** Schuh-  
werkstatt, verlan-  
gen gegen Einlegung v. Wf. 2 -  
ein Mutterpaar zur Probe.



## Das Haus der guten Stapelqualitäten.

In dieser Woche:  
**Tägliche**

## Bedarfsartikel

mit vielen billigen  
**Ausnahmepreisen.**

## Groß-Extraverkauf

## Haushaltwaren

**Kurzwaren  
Schneiderartikler  
Schreibwaren  
Büroartikel**

Besichtigen Sie  
unsere Schaufenster

## Seidenhüte



**Carlsplatz 3**  
R. Glücksmann

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Februar.

Die farbige Stadt Breslau.

Auf der Tagung des provinziellen Verbandes der Hausbesitzer am 31. Januar in Breslau...

Zuerst ist es wichtig, zu untersuchen, ob die farbige Fassade nur eine vorübergehende Modebeuge...

Zu Beginn des Maschinenzeitalters, das zu gewisser Zeit eine Blüte der Kunstwissenschaft mitbrachte...

Eine andere Erscheinung, die Sehnsucht nach Licht und Farbe in sich barg, war die Siedlungsbewegung...

Alle drei Faktoren zusammen waren die Triebkräfte zur Freude an der Farbe, die die Menschen in letzter Zeit befeuert...

Die farbige Gestaltung der Häuser ist eine sehr schwierige Aufgabe vom künstlerischen Standpunkt...

Weiter ist es sehr schwierig, auch vom handwerklichen Standpunkt die Aufgabe zu bewältigen...

Dieses alles ist zu beachten, wenn farbige Häuser gut und dauerhaft bleiben sollen.

In Erkenntnis dieser Schwierigkeiten und der Notwendigkeit, die farbigen Hausanstriche zu fördern...

Es ist somit Vorfrage getroffen, um die farbige Gestaltung von Straßen und Häusern im besten Sinne zu fördern.

Reichsgesundheitswoche.

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit mit allen ihren traurigen Folgen, und angesichts der schlechten Wohnverhältnisse...

Not und Elend sehen wir täglich übergenug. Und so hat man sich dazu entschlossen, Kranke Menschen möglichst in den Hintergrund zu drängen...

Sportvereine. Nachdrücklich soll der gesunde Mensch in den Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung gestellt werden...

Wie es nicht zu machen ist.

Während unsere Parteistellen am Werke sind, um die organisatorische Reife zu bewältigen, die erforderlich ist...

Und wieder war es die SPD, welche die Massen zum Protest gegen den Fürstentraub mobilisierte. Große Plakate, in Form eines Aufrufes von Wilhelm, machten die Breslauer Bevölkerung auf die Verjammung aufmerksam...

Die Breslauer Polizei schlägt Wilhelm.

Kallos Gläden die Beamten, auf diese neue Gefährdung der Staatsautorität, sie verschwanden, um neue Informationen einzuholen...

Die Polizei hatte sich - das muß ihr becheinigt werden - alle Mühe gegeben, um für die Demonstration am Neumarkt Propaganda zu machen...

Die „Arbeiterzeitung“ räumt, daß sich 3000 Arbeiter unter den roten Fahnen versammelt hätten. Und um dieses Resultat zu erreichen, macht man sich ein Gaudi mit den Leuten von der Polizei...

Alle müssen werben!

Ein alter Praktiker schreibt uns:

Am letzten Jahlabend haben wir uns mit der Fürstenabfindung beschäftigt, und alle waren der Meinung, daß zur Aufklärung des Volkes viel mehr geschehen müsse...

Mehr Mühsal auf die Erwerbslosen!

Täglich führt mich mein Weg mehrmals bei den Erwerbslosen auf der Sternstraße vorüber und jedesmal muß ich feststellen, daß, sobald es die Witterung nur zuläßt...

Steuertaxen für Februar 1926.

- 5. Februar: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 21. bis 31. Januar 1926. Keine Schonfrist.
10. Februar: Vorauszahlung und Vorauszahlung der Monatszahler hinsichtlich der Umsatzsteuer. Schonfrist eine Woche.
15. Februar: Einkommen- und Körperschaftsteuerzahlung derjenigen Gewerbetreibenden, die in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 bilanzierten...

Nächste Autofahrten an die polnische Grenze.

Der Beschleunigung zum Menschenhandel hat sich der Kraftwagenbesitzer Schönfeld dadurch schuldig gemacht, daß er auf Aufforderung eines Unbekannten öfter Autofahrten nach Stradam unternahm...

Eine Warnung!

Von einem großen Teil der Arbeiterklasse werden kleine Verletzungen, die sie sich bei Ausübung ihres Berufes zuziehen, sehr wenig beachtet.

Dieser Fall zeigt, wie notwendig der Abschluß einer Versicherung für jeden Arbeiter und Angestellten ist.

Weitere Auskunft über diese Versicherung erteilt jedes Verbandsbüro, sämtliche Läger des Konsumvereins „Vorwärts“ sowie die Vertrauensleute und das Büro der Volksfürsorge...

Rettung dem Hausbesitz!

Keiner ist heute so geplagt, alle Tage wird's geklagt. Als der Stand der Hausbesitzer! Findet sich für ihn kein Schicksal. Der ihm hilft aus seiner Not. Und ihm gibt sein mühsa Brot?

Niemand in der ganzen Welt, kauft sich für sein teures Geld einen großen Wanzenkasten. Um als Wirt darin zu kassieren.

Schon dem Junker, durch den Zoll, Ward gefüllt die Tasse voll. Fabrikanten, wie es Sitte, Tun sich auf die Staatsbedie.

bleibt noch übrig der Prolet. Dem es zwar am schicklichsten geht. Doch er läßt sich alles bieten. Hohe Zölle, teure Mieten. Am wird Rettung, wenn er stirbt. Und den Himmel sich erweist!

Reda.

Advertisement for Rahma-butter (margarine) with large stylized text and the word 'MARGARINE' at the bottom.

Lo Khama.

Von den erstaunlichen Wundern indischer Kräfte hat jeder schon gelesen und öfter ist es ein Wundermann auch schon bei uns gewesen. Jetzt tritt allabendlich bei Nacht ein Europäer auf, mit dessen Leistungen sich Ärzte, Naturforscher und ihre Wesen schon seit einiger Zeit beschäftigen. Er stammt aus Lo Khama, was früher Schiller und wurde im Kriege verwundet. Die Schmerzen, die er erlitt, und die mit künstlichen Mitteln nicht zu beseitigen waren, brachte ihn dazu, sich in Autosuggestion zu üben, auf welchem Gebiete er vor Jahren etwas gelesen hatte. So entwickelte er sich zu einem Titan des Willens, der durch geistige Konzentration jedes Schmerzgefühl ausschalten vermag. In einer Heilungsanweisung ließ er sich beide Arme mit Putzmitteln durchstechen, die nicht einmal desinfiziert, sondern im Gegenteil auf dem frischesten Geschwür wurden. Als sie herausgezogen wurden, zeigte sich kein Tropfen Blut und eine Infektion soll in diesem Zustande ebenfalls ausgeschlossen sein. Dann ließ er sich eine Hand an einem Brett festheften und den Nagel dann mit einer Zange wieder herausziehen und wieder floss kein Blut. Die auf die Wunde gebetenen Krankenwärter stellten in beiden Fällen fest, daß die Wunde des Auges kein Zeichen des Schmerzes verriet. Dann folgten Tierexperimente. Lo Khama bezog keine Tiere von Jagden und bezog sie nur einen oder zwei Monate, um sie dann gegeneinander auszulassen. Zwei große gefährliche Schlangen, eine Gitterschlange und eine Tigerschlange, wurden durch seinen Blick so vollkommen gelähmt, daß sie vollkommen regungslos blieben, als ihnen Meeresschnecken, die sonst auch ihre Abwehrung bilden, vor den Nasen gelegt wurden. Dafür ließ ihn am Ende des Experiments eine der Schlangen in die Hand, so daß das Blut herabfloß. Ein gleiches Experiment erfolgte mit einem Schmetterling und einer Gans, die, auf den Rücken gelegt, sich nicht wehren wollten, und das ihnen hingehaltene Futter unbedingte ließen. Seit etwa vier Wochen befaßt sich Lo Khama auch mit einer wild eingefangenen halbwildes Kamin. Sie faucht und knurrt, beißt während in eine ihr vorgelegene Schlinge, doch dabei treffen sich die Hände und wie erwidert legt sie sich hin. Über lange Zeit bei ihr die Wirkung nicht an. Bald springt sie wieder auf, springt während ihren Händen an, verliert ihn ebenfalls an der Hand, aber bald liegt sie wieder. Das Experiment wiederholt sich wohl ein halbes Dutzend mal, aber der Schlaf der Kamin wird nie besonders tief. Anders wieder ein Krokodil, das gänzlich von Nahrung verweigert. Sein gefährlicher Rachen wird ganz ungefährlich. Schlaf hängt der Unterleib herab und wie ein Kinderspielzeug kann er hinauf und heruntergelassen werden. Nachdem die Tiere in ihre Behälter gebracht sind, behandelt ein Arzt die durch Schlangen und Kamin verursachten Wunden und mit diesem Resultat sind Debattieren verlassen die Zuschauer die Stätte des Staunens.

Gewerkschaftsangelegenheiten. Das Arbeiterpartei-Komitee Breslau, das sich neben dem Arbeiter-Bildungsausschuss bemüht, den ärmeren Volksschichten gute Unterhaltungsabende zu bieten, wird ab nächster Woche wöchentlich am Mittwoch und Freitag ein sehr interessantes Programm herausbringen. Das gemeinnützige Unternehmen hat sich zur Aufgabe gemacht, das Beste zu bieten, dabei aber die Eintrittspreise für alle Saalplätze auf 50 Pfennige und die Balkenplätze auf 80 Pfennige zu stellen. Unter den größten Opfern ist es gelungen, den gewaltigen Film „Zum Beispiel der Welt“, der wahren Zeitspiegel des Meeres Geistes, zu bekommen, dazu das Lustspiel „Kaiser Karls Traum mit Hindernissen“. Um die Besucher dieser dritten verunglückten Expedition genügend vorzubereiten, bringen wir am Montag, den 8. Februar, eine Einführung in Unterhaltungsstil der „Volkswoche“. Siehe auch Inserate.

Der Mantel zerlegt. In der Nacht zum 20. Januar hat ein Einbrecher in der Leuchtstraße versucht, ein Zigarettengeschäft zu erbrechen, wurde jedoch hierbei gestört und ergriß die Flucht. Am Tatort hat der Täter einen dunkel- und graugrün gestreiften Mantel zurückgelassen. Die Streifen verlaufen in südlicher Richtung. Personen, die Angaben zur Ermittlung des Täters machen können, werden gebeten, sich im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums zu melden, um den Mantel zu beschlagnahmen.

Im künftigen Mädchenjugendheim II, Behnstraße 30, organisiert der Verein Frauenwohl in Gemeinschaft mit dem Jugendamt in den nächsten Wochen eine Reihe von Vorlesungen, die die Wichtigkeit der weiblichen Jugend zum gemeinsamen Anhalte haben. Die einzelnen Vorträge sind: „Das Recht der Jugend auf Freude“ (15. Februar), „Die weibliche Gefährdung“ (22. Februar), „Das Mädchen in der Jugendbewegung“ (1. März). Der Beginn der Vorlesungen ist auf jeweils 8 Uhr abends festgesetzt. Der Eintritt ist frei.

Die Volksberatungshalle im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) wurde im Januar von 2205 Personen, 1251 Männern, 954 Frauen, besucht. Die Zustände betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedene Art 592, Arbeitervericherung 71, Angestelltenversicherung 10, Arbeits- und Dienstverträge 70, Bürgerliches Recht 1227, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 89, Strafrecht 105, Privatversicherung 23, Handels- und Gewerbeangelegenheiten 15, Verschiedenes 3. Außerdem wurden 87 Schriftsätze angefertigt und in 91 Fällen Auskünfte auf fernmündliche Anfragen erteilt. Die Volksberatungshalle ist werktäglich von 8 bis 2 Uhr geöffnet.

Das französische Konsulat eingeleist. Das französische Ministerium des Äußeren hat beschlossen, das französische Konsulat in Breslau vom 1. Februar ab aufzulösen. Von diesem Datum ab ist für die Provinzen Ober- und Niederschlesien nur das französische Konsulat in Berlin, Matthäikirchstraße 3b, zuständig. An diese Stelle sind alle Paß-, Visum-, Fakturen- und sonstige Konsulats-Angelegenheiten zu richten.

Der Verein für deutsche Schäferschule hielt am 15. Januar im Vereinslokal Gerchwitz, Reherberg 21, die Jahres-Hauptversammlung ab. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre wieder zwei Dreijährer auf dem Sportplatz in Grünau abzuhalten. Beginn derselben 7. März und 27. Juni. Die nächste Monatsversammlung findet am 12. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Gerchwitz, Reherberg 21, statt.

Warnung vor Preisauschreibern. Neuerdings mehren sich die Anzeigen, daß neben den unzulässigen, mit Auspielungen verbundenen Preisauschreibern, wieder ein umfangreicher Reiterhandel mit Fahrrädern und Nähmaschinen, von allem von ausländischen Firmen, betrieben wird. Es sollen zum Beispiel die Firmen Admira-Warenvertrieb und Simara-Fahrradvertrieb in Hamburg nach dem Hydre- oder Schneeballsystem Lohereitreiben und dadurch Fahrräder in den Verkehr bringen. Es handelt sich hier, wie der Preisauschreiber schreibt, nicht um unzulässige Geschäftsverträge, sondern um Verstoß gegen die Bestimmungen, wonach der reelle Handel zu leiden hat, und die gegen das Strafgesetz verstoßen, sondern auch um steuerpflichtige und genehmigungspflichtige Partien im Sinne des § 286 des Reichsstrafgesetzbuches, die niemals die behördliche Genehmigung erhalten werden.

Schwarz-Werk. Die Friedrich-Röhle-Strasse zwischen Friedrich-Röhle-Strasse und „Denkmal-Keller“ war heute früh gegen 8 1/2 Uhr der Schauplatz eines Straßenkampfes. Dort hielt ein leeres Straßenwagen, dem Fahrer R. A. K. aus Groß-Hammer, Kreis Trebnitz, gehörig. Das Pferd stieß nach dem Schlaghohlfahrenden letzten Spagierwagens ein und der nordwärts fahrenden Straßenwagen und wurde dabei in das erwähnte Bandenwehr hinein, so daß beide Fahrzeuge festhielt; erst nach längerem Bemühen gelang es, die beiden Wagen zu trennen, doch heute der Spagierwagen des Vorwärtlers glücklich getrennt, und die Pferde tragen kurze Bandenverletzungen davon.

Sozialdemokratische Partei

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss. Freitag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Versammlung im Gewerkschaftshaus. Genossin Prochowatz spricht über „Geldbedeute Güter und weibliche Politik“.

Alle weiblichen Funktionäre treffen sich heute abend 7 1/2 Uhr im Zimmer 18 des Gewerkschaftshauses zu einer wichtigen Sitzung.

Am 11. Februar, abends 8 Uhr, mit unterer Arbeitsgemeinschaft „Das Kapital“. Alle Jugendgenossen sowie ältere interessierte Parteigenossen sind dazu eingeladen!

Am 11. Februar, abends 8 Uhr, mit unterer Arbeitsgemeinschaft „Das Kapital“.

Am 11. Februar, abends 8 Uhr, mit unterer Arbeitsgemeinschaft „Das Kapital“.

Table with 7 columns: Ort, Temperatur (heut, Maxim., Min.), Wetter, Wind, Niederschlag, Höhe. Rows include Arien, Schneetopp, Grotzenberg, etc.

Table with 2 columns: Ort, Wasserstand. Rows include Ratibor, Neisse (Stadt), Neisse (Land), etc.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. (Banner Karl Plache.) Drissverein Deutsch-Litva. Achtung, Kameraden! Freitag, den 5. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung beim Kameraden Conrad statt.

Steine. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Banner Herrmann). Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal bei Adolf Groh die Generalversammlung statt.

Herrmannsdorf. Gemeindevorsteherung. Eine reichhaltige Lagerbestände hatte sich gleich zu Beginn des neuen Jahres angehäuft: 6 Punkte fanden zur Beratung. Da die Schließung der Gemeindegasse mit 43000 Mark fertiggestellt hat, weißt man, ob das Stallgebäude, welches in der Bauzeit mit 5000 Mark angelegt ist, nicht zu hoch berechnet ist; man hatte darum den Maurermeister Pechen-Goldmann mit einer Kasse für den Bau, nach dessen nun vorliegenden Berechnung 5000 Mark zu viel von der Gemeindegasse erachtet sein sollen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Drissverein. Dienstag, den 9. Februar, veranstaltet die Ortsgruppe Breslau der Deutschen Arbeiterpartei im großen Saal des Hotel „Europa“ eine Kundgebung, in welcher Kapitän J. S. a. D. Perlius über das Thema: „Der kaiserliche Geograph und die Republikaner“ spricht.

Freiwilliges Jugendlied. 3. d. M. Jugend. Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, besprechen wir unsere Februar-Jugendblätter im Heim, Volkshaus, Taschenstraße 20/31.

Donnerstag, abends 8 Uhr, treffen sich alle Funktionäre in der Ofener Schule zu einer wichtigen Ausübung.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadttheater (Opernhaus). Heute, Mittwoch, 7 Uhr, als 11. Vorstellung im Abonnement: „Die Zauberkraft“. Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Johann Strauß Operette „Indigo“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

„Das große Welttheater“ von Hugo v. Hofmannsthal. Die Vorstellung wird bis einschließlich Freitag wiederholt.

„Die Tereza“ von Oscar Straus wiederholt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, tritt Walter Santini: „Der Orlow“.

neuen Zigaretten Margot 4, Zirzi-Extra 5. Sie werden das Richtige gefunden haben. Cop. 125 Monopol - Dresden. General-Vertrieb: A. Henschel, Leipzig.

Die Frau weiß es, der Mann weiß es auch (sagt es aber nicht). Die Liebe geht durch den Magen. Kluge Frau, handle danach: Ob ihm Seibels-Konjerven mit dem Garantie-Ring? Seibels schmecken! Carl Seibel & Co., Münsterberg in Schlesien.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Schafft Lehrstühle für Arbeitsrecht!

Eine Eingabe der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben folgende Eingabe an die zuständigen Ministerien des Reichs und der Länder gerichtet:

Der gegenwärtig bestehende Zustand der arbeitsrechtlichen Ausbildung auf den deutschen Universitäten ist unerträglich geworden. Durch die umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsverträge, der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsschutzes, der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge ist das Arbeitsrecht zu einem eigenen sehr erheblichen selbstständigen Rechtsgebiet erwachsen. Die Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung und die nötige veränderte Stellung der Arbeitskraft im Rahmen des sozialen Ganzen haben ferner das Arbeitsrecht zu einer selbstständigen Disziplin gemacht, die entsprechend dem Wandel der sozialen Struktur in ständiger Entwicklung begriffen ist. Demgegenüber steht die Tatsache, daß mit verschwindenden Ausnahmen in den deutschen Universitäten keine Einrichtungen vorhanden sind, die den zukünftigen Praktikern des Arbeitsrechts eine wissenschaftliche Vorbereitung für ihren Beruf ermöglichen. Weder der künftige Richter, noch der in der Arbeitsverwaltung oder in der Sozialversicherung tätige Beamte, noch die aus den Kreisen der Wirtschaft zukünftig mit diesen Gebieten zu befassenden Personen können gegenwärtig an den deutschen Universitäten die Ausbildung finden, die der Bedeutung und Eigenart des Arbeitsrechts entspricht.

Erforderlich ist, daß an den hierfür geeigneten größeren Universitäten sowohl eigene Lehrstühle für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen errichtet werden, die mit ordentlichen Professuren zu besetzen sind, wie auch, daß überall arbeitsrechtliche Seminare der Übung in dem erworbenen Wissen dienen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen stellen hiermit das ergebende Ersuchen, zum mindesten an folgenden Universitäten etatsmäßige Professuren, an den übrigen außerordentliche Professuren für das Arbeitsrecht und seine Hilfsdisziplinen zu errichten. Für die ordentlichen Professuren schlagen wir die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Köln, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg und Gießen vor.

Wir ersuchen, dieser Anregung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und uns mitzuteilen, welche Stellung zu unseren Vorschlägen eingenommen wird und wann auf die Verwirklichung dieser dringlichen Vorschläge zu rechnen ist. Eines der wichtigsten Gebiete des praktischen Lebens kann auf die Dauer von den Universitäten nicht wie bisher fast vollkommen ausgegliedert werden.

## Erwerbslosenfürsorge oder Versicherung?

Für die große Teile unseres Volkes, sowie für die gesamte Volkswirtschaft ist die oben angeführte Frage von weittragender Bedeutung. Der gegenwärtige Zustand, der nur Pflichtleistungen vorsieht, ohne einen Rechtsanspruch auf Unterstützung damit zu verbinden, widerspricht jedem Sozial- sowie Rechtsempfinden. Der Artikel 163 der Reichsverfassung bringt zum Ausdruck, daß für den notwendigen Lebensunterhalt als derer gesorgt wird, denen keine angemessene Arbeit nachgewiesen werden kann. Die Verfassung beweist, daß hier ein Verfassungsbruch schon durch eine Reihe von Jahren verübt worden ist, der unbedingt beseitigt werden muß. Die besten Gesetze und Bestimmungen sind zwecklos, wenn sie in einem Geiste ausgelegt werden, der zu dem eigentlichen Willen des Gesetzgebers in direktem Widerspruch steht.

Ausgehend von den schlechten Erfahrungen, die wir bis jetzt mit dem Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge gemacht haben, stellte sich daher der vor kurzem in Breslau tagende Gewerkschaftskongress auf den Standpunkt, die schnellste Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung zu verlangen. Und das mit Recht. Als Versicherte muß uns das Recht auf Unterstützung gewährleistet sein, zugleich muß uns als Versicherungs-träger die Teilnahme der Verwaltung der Versicherung zugestanden werden. Gegenüber dem jetzigen Zustand ist daher der Gedanke der Versicherung als ein großer Fortschritt zu bezeichnen. Die Verwaltung selbst muß eine rein wirtschaftliche und von den politischen Schwankungen der Parlamente vollkommen unabhängige sein.

Bereits im September v. Js. ist dem Reichswirtschaftsrat ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung zugegangen. Ledber steht die Begründung dazu, auf die man mit Recht gespannt sein dürfte, bis heutigen Tages noch aus. Der Entwurf sieht vor, daß die Lasten der Versicherung von den Versicherungsträgern (Arbeiter und Unternehmer) selbst aufgebracht werden müssen, wozu noch zwei Drittel der Kosten der öffentlichen Arbeitsnachweise und Landesämter kommen. Damit kommt das eine Kenteil, welches bis jetzt die Gemeinde zu den notwendigen Kosten beizutragen hat, in Wegfall. Die Lasten für die Versicherten werden also demnach größer. Wenn nun dementsprechend die Versicherungsträger die volle Selbstverwaltung dafür erhalten würden, wäre diese Mehrbelastung noch tragbar, trotzdem das Reich nach der Verfassung zur Fürsorge verpflichtet ist. Der geplante Aufbau der Versicherung, auf den hier ausführlich nicht eingegangen werden kann, ist nun alles andere als eine Selbstverwaltung, wie sie, gemessen an den Lasten der Versicherungsträger, verlangt werden kann. Was hier beabsichtigt ist, ist eine Scheinbare Selbstverwaltung unter starker ausschlaggebender Vormundschaft der Behörden. Ähnlich dem Verwaltungsausschuß der öffentlichen Arbeitsnachweise. Während bei den Krankenkassen der Vorsitzende aus der Wahl der Versicherungsträger hervorgeht und das Selbstverwaltungsrecht damit gemacht ist, wird der Vorsitzende der zu bildenden Landesarbeitslosenstellen — der auch zugleich der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes ist — von der Landesregierung ernannt. Die Versicherungsträger haben also demnach auf die Wahl des Vorsitzenden nicht den geringsten Einfluß, während der Vorsitzende als Beamter nur seiner Regierung verantwortlich ist. Je nach der politischen Zusammensetzung der einzelnen Provinzialparlamente wird demnach auch der Vorsitzende mehr oder weniger soziale Empfinden aufweisen. Im Hinblick darauf, daß der Vorsitzende nach dem Entwurf ziemlich weitgehende Rechte erhalten soll, können wir uns mit dieser Regelung in keinem Falle einverstanden erklären. Wenn die Versicherungsträger für die gesamten Kosten (außer dem einen Drittel für die öffentlichen Arbeitsnachweise und Landesämter) aufzukommen haben, Staat und Kommune keine Zuschüsse mehr zahlen, dann muß logischerweise den Versicherungsträgern auch die volle Selbstverwaltung zugesprochen werden. In diesem Grundsatze ist unbedingt festzuhalten.

Und nun zur Hauptfrage. Das Verhältnis der Versicherung zum Arbeitsnachweis. In ganzen zwei Zeilen wird in dem Entwurf zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitsnachweise nach nach näheren Bestimmungen mitwirken sollen. Hiermit ist der Bedeutung der Arbeitsnachweise in keiner Weise Rechnung getragen. Der öffentliche Arbeitsnachweis ist das Fundament, auf dem sich die Versicherung organisieren muß, denn eine

Arbeitslosenversicherung ohne Arbeitsnachweis ist undenkbar. Hier fehlt nur jeder organische Zusammenhang und jede Regelung. Man läßt nach dem Entwurf zwei Institutionen nebeneinander bestehen, die naturgemäß auf einander einwirken verbunden in der Praxis jedenfalls gegeneinander arbeiten werden. Das ist mit die schwächste Stelle in diesem Entwurf. Die Arbeitsnachweise als Fremdkörper in der Gemeinde betrachten, sollen also auch weiter das Stiefkind bleiben. Eine ganz unheilbare Regelung, die von vornherein das ganze Projekt der Versicherung als halbe Arbeit kennzeichnet und daher nicht die Aufgaben erfüllen wird, die Versicherte sowie das gesamte Wirtschaftsleben von dieser Einrichtung verlangen können. Will man nun etwas ganzes schaffen, so wird man diesem Punkte ganz besondere Beachtung schenken müssen. Allerdings wird man dabei um eine grundlegende Änderung des Arbeitsnachweisgesetzes nicht herumkommen. Daß eine Änderung des Gesetzes notwendig ist, wird wohl von niemanden bestritten werden. Die dringend erforderliche Einführung der Arbeitslosenversicherung ist der geeignete Zeitpunkt, hier gleich ganze Arbeit zu machen. Nicht ein Arbeitsnachweisgesetz und daneben ein Gesetz über Arbeitslosen-Versicherung, sondern ein Aufgehen der beiden Gesetze ineinander. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung gehören zusammen, und nur wenn in diesem Sinne die kommende Versicherung aufgebaut ist, wird es gelingen, dem Arbeitsnachweis die Stellung zu sichern, die seiner Bedeutung entspricht. Nicht ein Fremdkörper und Stiefkind der Gemeinde, sondern eine Einrichtung, die befreit von aller Bürokratie, ihre ganze Kraft zum Nutzen der Volkswirtschaft und zum Besten der Versicherten entfalten wird. W.

## Die kommunistische Partei und die russischen Gewerkschaften.

Die wachsende Bedeutung der in den Gewerkschaften zu führenden Politik hat der kommunistische Parteikongress besonders betont und ausdrücklich auf die Notwendigkeit des Zu-

ammenwirkens der KP. und der „Arbeiterdemokratie“ hingewiesen. In einem Artikel der „Pravda“ wird das Thema nochmals erläutert und an die subalternen Parteifunktionäre die Mahnung gerichtet, die politische Arbeit in den Gewerkschaften mit Takt und Umsicht zu führen und die Stimmungen in der Arbeiterklasse feinfühlig zu berücksichtigen. Es werde allerdings das Vorrecht und die Aufgabe der KP., die Gewerkschaften zu lenken und in ihnen die Parteimitglieder an die Stellen zu bringen, die sie für wünschenswert erachtet, aber das „mit“ spiele bei dieser Leitung der Gewerkschaften eine sehr große Rolle: es gelte eben, „Tug und in geeigneten Moment“ als Lenker in die Gewerkschaftspolitik, die Wahlen usw. einzugreifen, nicht aber durch einen kränklichen Beihilfen oder verächtliches Ignorieren anscheinend unwichtiger, den Arbeitern aber oft sehr wichtig erscheinenden Fragen des Alltags die Massen zu verstimmen und mißtrauisch zu machen. Eine „gelbne Arbeiterdemokratie“ habe der Kongress als erstrebenswert bezeichnet und danach müsse sich jeder Beauftragte der KP. richten.

Dieser Artikel rührt an eine der heikelsten Fragen der Parteipolitik der KP. Die in den Gewerkschaften unfehlbar vorhandene, wenn auch öffentlich nicht erzielte Mithimmung hängt ja nicht nur mit der weitgehenden Bevormundung durch die KP. zusammen, sondern vor allem mit dem sich natürlich entwickelnden Interessengegensatz zwischen den breiten Schichten des Industrie-Proletariats einerseits, und dem von der KP. geleiteten Sowjetstaat als dem fast einzigen industriellen Unternehmern andererseits.

## Wie man in Rußland gegen Streitende vorgeht.

Das Gouvernementsgericht in Jarzyn verhängte gegen streikende Arbeiter schwere Freiheitsstrafen. Sieben Angeklagte wurden zu fünf Jahren Gefängnis und lebenslänglicher Verbannung, fünf ins Transbaikalien, 16 Personen zur Verbannung in das östliche Sibirien verurteilt. Die Angeklagten hatten keine Verteidiger.

# Wirtschaft.

## Deutschlands Außenhandel im Jahre 1925.

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte gestern das Gesamtergebnis des deutschen Außenhandels für 1925. Das Ergebnis zeigt auf die Wirtschaftslage Deutschlands wohl. Der Wert der Einfuhr betrug 12,4 Milliarden Mark, der der Ausfuhr 9,2 Milliarden Mark, das ergibt einen Einfuhrüberschuß von 3,2 Milliarden Mark (1924: 2,7 Milliarden Mark). Von den Monaten des Jahres 1925 hat nur der Dezember einen Ausfuhrüberschuß gebracht; nur dieser Monat hatte eine allseitige Handelsbilanz ausgewiesen. Der Ausfuhrüberschuß des Monats Dezember konnte auch nur erzielt werden durch die starke Drosselung der Rohstoffausfuhr, die naturgemäß auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist.

In unserer Statistik gehen wir eine Uebersicht der Entwicklung des deutschen Außenhandels im Jahre 1925. Ein Blick zeigt, wie stark in den einzelnen Monaten die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt. Interessant ist auch der Vergleich der Zahlen in der rechten Hälfte der Tabelle. Es sind hier die Außenhandels-ergebnisse der Jahre 1924 und 1925 mit denen des Jahres 1913 zu vergleichen, d. h. die wirklichen Zahlen der beiden letzten Jahre sind auf den Vorkriegswert umgerechnet. Die Teilung von Einfuhr und Ausfuhr in die drei wichtigsten Handelsgruppen (Lebensmittel, Rohstoffe, Fabrikate) läßt einen Vergleich zu, der bei aufmerksamer Betrachtung mehr sagt, als lange wirtschaftspolitische Artikel. Ebenfalls zeigt auch das Studium unserer Statistik, daß die internationale Wirtschaftsveränderung unbedingt weitere Fortschritte machen muß, wenn nicht Deutschlands Außenhandel und damit seine Industrie und Lebenshaltung des künftigen Volkes noch schwere Einbußen erleiden soll.

## Die Deutsche Girozentrale.

Die Spitzenorganisation der deutschen Sparkassen- und Girozentralen, hat zuerst unter den großen Berliner Geldinstituten ihren Abschluß für das Jahr 1925 vorgelegt. Der Bruttogewinn beträgt rund 5,5 Millionen Mark. Nach Abzug verschiedener Kosten, unter denen die Geschäfts- und Verwaltungskosten mit 4,25 Millionen zu erwähnen sind, verbleibt ein Reingewinn von rund 900 000 Mark. Dieser soll zur Vergütung des Betriebskapitals und für die Auffüllung der Reservefonds verwendet werden.

Der Rein- und Bruttogewinn erscheint gegenüber den bis jetzt vorliegenden Abschüssen der Privatbanken gering. Die Verwaltung der Girozentrale erklärt das durch den Fortfall eines Gewinnes aus eigenen Wertpapieren und durch die Haltung der Zentrale, die größten Wert auf die Flüssigkeit ihrer Mittel gelegt hat.

Die Bilanz weist unter anderem folgende Posten auf: Kassenbestand 557 000 Mark, Guthaben bei Notenbanken 1,17 Millionen, Bestand an Wechseln und Schecks 72,1 Millionen (darunter 30,3 Millionen Rentenbank- und 3,9 Millionen Mittelstandsreditwechsel), Wertpapiere 6,4 Millionen, Außenstände in laufender Rechnung 50 Millionen, Darlehen mit festen Laufzeiten 102,8 Millionen. Die Kreditoren werden mit 282,4 Millionen angegegeben. Dazu treten langfristige Anleihen in Höhe von 3,5 Millionen.

Für den befriedigenden Verlauf des Geschäftsjahres sprechen die Bilanzsummen die im Vergleich zu den Vorjahren um 112 Millionen auf 369 Millionen angewachsen sind.

## Schlechte Geschäfte und hohe Gewinne.

In letzter Zeit konnte man wiederholt die Erfahrung machen, daß die Gewinne unserer Erwerbsgesellschaften im krassen Widerspruch zu den vielen Klagen unserer Industriellen über die schlechte Geschäftslage stehen. Gelegentlich der letzten Geschäftsabrechnung der Bankbeamten haben besonders die Bankiers in dieses Klagebild eingestimmt. Nun veröffentlicht die Unionbank A.-G. Berlin, als erste deutsche Bank ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1925, der vollumfänglich, was wir über die tatsächliche Lage unserer Erwerbsgesellschaften und die Klagen über die schlechte Geschäftslage bisher gesagt haben.

Die Unionbank A.-G. ist ein Unternehmen, das mit einem Aktienkapital von einer Million Mark arbeitet. Es handelt sich also um ein verhältnismäßig kleines Unternehmen. Der Bruttogewinn für 1925 wird mit 265 000 Mark angegeben gegenüber 465 000 Mark im Vorjahre. Er beträgt also mehr als 25 Prozent des gesamten Aktienkapitals. Nach Abzug der Unkosten, der Taxationen usw. stellt sich der Reingewinn auf rund 145 000 Mark (im Vorjahre 240 000 Mark). Der Reingewinn von ungefähr 15 Prozent liegt aber noch viel höher, wenn man die gezahlten Taxationen berücksichtigt. Die Bank zählt den Rekorddividenden 1/3 von 10 Prozent. Interessanter wird weiter, daß im Bruttogewinn der Zinssatz mit 138 000 Mark gegenüber 130 000 Mark im Jahre 1924 angeführt wird. Das ist ein treffendes Beispiel dafür, in welchem Maße das Bankgewerbe Ruhestörer der allgemeinen Preisüberhebung, des Zinswunders und des Lohnendrucks ist.

Aber auch unsere Industrieunternehmen können Rekordgewinne mitteilen. Die Schlabitz-Werke A.-G. in Dresden erbrachten bei einem Bruttogewinn von 655 000 Mark einen Reingewinn von rund 150 000 Mark, wovon eine Dividende in Höhe von 10 Prozent gezahlt wird.

Ein geradezu glänzendes Geschäft scheint auch die A.G. im vergangenen Jahre gemacht zu haben. Die Dividende wird von der Verwaltung bei einem Reingewinn von 8,3 Millionen Mark (im Vorjahre 7,2 Millionen Mark) mit 6 Prozent (im Vorjahre 5 Prozent) angegeben. Für die Verteilung der Lage wird die Mitteilung der A.G. von Wichtigkeit sein, daß die abgelaufenen Umsätze um 50 Prozent gestiegen sind und daß 30 Prozent Mehraufträge aus der gleichen Zeit des Vorjahres vorliegen.

Die Braunschweigische Kohlenbergwerk-A.-G. teilt die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent mit.

## Die Baustoffindustrie

schien sich in recht eigenartiger Weise für die kommende Bauzeit zu rüsten. In letzter Zeit ist in der Baustoffindustrie eine starke Neigung zur Bildung von Syndikaten und Kartellen festzustellen, mit der dadurch eine Steigerung der Baustoffpreise verbunden ist. Nachdem die Kartellierung in Berlin-Brandenburg fast reiflos durchgeführt ist, scheint sie jetzt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihrem Abschluß entgegengeführt werden zu sollen. Die Ziegelwerke im Bezirk Dortmund sind schon seit langem im Verband rheinisch-westfälischer Ziegelwerke zusammengeschlossen. Unter seinem Einfluß haben sich nun die im Bezirk Bochum gelegenen Ziegelwerke zu einem Ziegelverkaufsverein G. m. b. H. zusammengetan. Die neue Vereinigung umfaßt ungefähr 90 Prozent der Ziegelproduktion des Bezirkes Bochum. Weiter ist geplant, die vorhandenen Ziegelverkaufs-gesellschaften (in Frage kommen 16 Gesellschaften) zu einer Dach-gesellschaft zusammenzuschließen, die die Form eines regelrechten Syndikats annehmen soll.

## Rückgang der deutsch-ober-schlesischen Steinkohlenförderung.

In der Woche vom 18. bis 24. Januar ging die Steinkohlenförderung Deutsch-Ober-schlesiens laut Hauptstatistik „Industrie-Kurier“ von 370 436 Tonnen auf 355 008 Tonnen und die Tagesförderung von 61 739 Tonnen auf 59 168 Tonnen zurück. Der Gesamtumsatz durch Verkauf betrug 335 305 Tonnen (352 755 Tonnen).

## Ungültigkeit polnischer Einfuhrbewilligungen.

Von amtlicher polnischer Seite wird mitgeteilt, daß die im Jahre 1925 erteilten Einfuhrbewilligungen nicht verlängert werden, sofern sie nicht ausgemittelt wurden; vielmehr sind im Jahre 1926 neue Bewilligungen einzureichen.

# Genossenschaftswesen.

## Jahresergebnis der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg.

Die Umsätze der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H. im Jahre 1925 gestalteten sich wie folgt:

Im Jahre 1925 . . . 228 169 470 Mark  
1924 . . . 168 466 278

Mithin eine Zunahme . . . 59 703 192 Mark = 26,44 Proz.  
An Erzeugnissen aus den eigenen Betrieben wurden im Wert umgekehrt:

Im Jahre 1925 . . . 35 339 389 Mark  
1924 . . . 26 298 324

Mithin mehr . . . 9 041 064 Mark = 34,38 Proz.

Die Umsatzsteigerung ist sehr erfreulich. Hoffentlich folgt dem nicht entsprechenden Anlauf des Jahres 1925 eine kräftige Fortsetzung im Jahre 1926. Das würde nicht nur eine zu weiterer rascher Entwicklung und Erweiterung anjournende Stärkung der genossenschaftlichen Zentrale, sondern noch weit mehr eine Förderung der Interessen der Vereine und ihrer Mitglieder bedeuten.

## Der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

Am 20. Januar 1926 war die Hamburger Bürgerchaft Schauplatz eines Kampfes zwischen Mittelstandsinteressen und Verbraucherorganisation, der am besten durch das alte Wort: „Wer an dem eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“ gekennzeichnet wird. Der Arbeiterpartei hatte zur Unterstützung Bedürftiger zu Weihnachten eine Sammlung veranstaltet; zu der auch der Hamburger Staat 80 000 Mark beisteuerte. Es wurde beschlossen, die Mittel in Gestalt von Warenpaketen zur Verteilung zu bringen und die Verteilung der Handelsgesellschaft „Produktion“ zu übertragen, die den Auftrag auch prompt und zur Zufriedenheit der Auftraggeber wie der Paketempfänger ausführte. Das erregte im gesamten Mittelstand und in allen Kreisen, die aus guten oder schlechten Gründen der Konsumgenossenschaftsbewegung gram sind, starke Empörung, die sich in der Tagespresse in zahlreichen Einwendungen Luft machte. Die Kräfte schrien über „einseitige Veräppelung der „Produktion“, ein parlamentarisch tätiger Handwerksmeister erblickte in dem Vorgang eine „Sozialisierung“ auf Umwegen, und schließlich verdrängte sich der ganze Lärm zu einer der beliebten „Anfragen“ in der Bürgerchaft, gestellt von einem als Konsumvereinsreferent überlittert Art bekannten Mittelstandskorrespondenten. Der Ausgang der Art die Anfrage anschließenden Aussprache war derartig, daß die Kräfte sich zweifellos gefast haben: „Schweigen wäre Gold gewesen!“ Es blieb nämlich nichts anderes übrig, als der zahlenmäßige Nachweis, daß die gleichen Waren des Weihnachtspaketes der „Produktion“ bei dem erwähnten Vorführer zunächst einmal viel teurer waren, ohne die Berücksichtigung des von der Genossenschaft noch gewährten Rabatts.

## Antilige Devisenturse der Berliner Börse

Antilige Devisenturse der Berliner Börse vom 3. Februar.

1 Pfund Sterling	20,169	100 fr. Francs	12,74
1 Dollar	4,193	100 belg. Francs	22,13
100 holl. Gulden	168,21	100 span. Francs	16,25
100 belg. Francs	10,075	100 ital. Lire	20,25
100 norw. Kroner	55,58	100 schw. Kronen	11,21
100 dänig. Gulden	20,22	100 österr. Schilling	13,37
100 Lit.	26,25	100 finn. Mark	10,57
100 rum.	163,57	100 poln.	57,19



# Unterhaltung

## Das blaue Heft.

Von Albert Herrmann.

Autorsierte Uebersetzung aus dem Französischen von Joh. Kunde. „Auf meines Vaters Werke bin ich so stolz, wie auf dieses ...“ So liebt der berühmte Dichter Jean Verlin sein Schicksal darzustellen. Diese Zärtlichkeit eines so großen Mannes für ein so winziges Baby verspricht ein reiches Glück in der Zukunft.

Die treuliche Frau Verlin war in ihrer Mutterfreude zurückhaltender; die Nüchternheit des Gallen machte ihr Spaß: „Du bist lächerlich“, neckte sie ihn zuweilen.

„Ein Vater, der seinen Sohn vergöttert, ist das niemals.“

„Ich verachte dir, du übertriebst.“

„Nicht im mindesten.“

„Ein sechs Monate altes Kind erkennt kaum seine Eltern.“

„Und das andere kann auch nicht das Wunder sein, für das du es hältst. Maurice ist gewiß reizend. Er wird sicher — wie sein Vater — eines Tages ein bewundernswürdiger Mann. Aber von da bis zu der Annahme, daß er jetzt schon alle nur denkbaren Vorzüge besitzt, ist ein ziemlich weiter Schritt.“

„Keineswegs. Ich sehe klarer als du. Das ist die Wahrheit!“

„Warum sollte das Genie sich nicht vererben?“ dachte er.

„Ich werde“, verkündete Jean Verlin eines Abends, „ein Dokument, das einzig in seiner Art ist, verfaßt.“

„Was für ein Dokument?“ fragte seine Frau.

„Hier ist ein blaues Heft. Als aufmerksamster Beobachter werde ich jeden Tag eintragen, was Maurice betrifft. Die Kinder neigen oft zu etwas vorwärtigen Bemerkungen. Sie kommentieren alle Geschehnisse auf eine sehr persönliche Art. Ich bin entschlossen, alle Reflexionen meines Sohnes zu sammeln, besonders diejenigen, welche mir für seinen Geist charakteristisch erscheinen.“

„Zu welchem Zweck?“

„Niemand hat bisher dargestellt, wie das Genie eines Menschen sich entwickelt. Wenn ein Dichter Ruhm erworben, sieht er immer schon in einem gewissen Alter. Dann bemüht man sich, allem, was ihn betrifft, nachzuspüren. Man studiert seine Vergangenheit, um seinen Werdegang zu verfolgen. Aber zu spät!“

„Ah! Zu spät?“

„Das Genie, das man heraufbeschwört, ist tot. Es fehlt der warme, überausende Ton. Die Dokumente, welche ich über meinen Maurice niederschreibe, sollen nach dem publizierenden Leben gezeichnet sein. So bewahren sie unveränderlich ihre Frische. Ohne Einmischung meiner Individualität gebe ich die nackte Wahrheit wieder. Mögen die Gelehrten, die sich einst über dieses Schriftstück beugen, an ihrer eigenen Ergriffenheit den überragenden Wert dieses wunderbaren Testaments erkennen.“

Von diesem Augenblick an wurden die Eintragungen in das blaue Heft eine ungemein wichtige Beschäftigung für Jean Verlin.

Der kleine, klug drinblickende Maurice hatte einen ausgesprochenen Hang zu Scherereien. Ein Witzmann, den er als vierjähriger vorliebte, wurde sofort notiert.

Auf einer Weide sah er einmal rote und weißgefleckte Kühe: „Schau! Warum hat man ihnen Landkarten auf den Leib gemalt?“

„Sein Vater beeilte sich, diese Bemerkung zu registrieren und fügte persönlich hinzu: „Originelle Neuerung ...“

Als Siebenjähriger besuchte Maurice mit seiner Mutter einmal ein großes Kaufhaus. Ein wogendes Menschengewimmel. Es verdroß den Knaben, zwischen so vielen Köden eingezwängt zu sein. Er wandte sich plötzlich um und rief einer Person zu, die ihn vorwärtsstieß: „Hel! Auspassen! Zerquetschen Sie diese Dame nicht.“

Seine Hand zeigte auf seine Mutter und er fügte hinzu: „Sie sehen doch, daß sie ein Kind bei sich hat.“

„Welcher Sinn für Ironie und welche Schlagfertigkeit!“ dachte der Vater, indem er seine Frau zum Mitbewundern einlud.

Man ist in der Sommerfrische. Der neunjährige Maurice klettert verwegener auf eine Mauer, um zu beobachten, was die Nachbarn machen. „Neugier! — Sogar eine etwas aufdringliche!“ wird man sagen.

Aber dem Vater verriet diese Tat, daß ihr Urheber das zwingende Bedürfnis hatte, sich niemals mit dem gegebenen Material abzufinden, sondern immer neue Kenntnisse erwerben wollte.

Das Heft folgte er, als er ein Zeit Viktor Hugos aus einer Buchhändlerauslage entwendete.

Die Seiten des blauen Heftes füllten sich mit Notizen.

Jean Verlin und seine Frau vergnügten sich damit, die Seiten wiederholt durchzugehen. Sie erinnerten sich so an kausende Nebenbemerklungen, welche die Zeit begraben hätte, wenn diese Seiten sie nicht wie ein Museum aufbewahrt hätten.

Der Knabe wuchs heran. Er zählte 16 Jahre.

Welche Enttäuschung wäre es für die Eltern gewesen, wenn er die auf ihn gerichteten Hoffnungen nicht erfüllt hätte!

Zum Glück war er belübt. Seine literarische Begabung unterlag keinem Zweifel. Die von ihm verfaßten Gedichte verrieten schon eine gute Beherrschung der Form. Wenn einer der Lehrer einen festlichen Tag beging, dann trug er ein Poem vor, das man nachher in allen Klassen verlas. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Jean Verlin Mitglied der Akademie wurde. Die dem Vater zu schmeicheln wünschten, schmeichelten auch dem Sohn.

Man liebt es, die Kinder der großen Männer als die Geopierten hinzustellen. Der Name, den sie tragen, erdrückt sie. Nichts ist irrtümlicher! Sie brauchen bloß ihre Stimme zu erheben und man hört sie. Am Größten zu werden, müssen sie nur talentiert sein. Es ist unmöglich, daß sie nicht anerkannt werden. Aber die anderen, die Anormen — zu welchen Anstrengungen müssen sie sich zwingen, um den Ring des Schmeichlers, der sie umgibt, zu durchbrechen! Das Dunkel läßt nicht leicht seine Kräfte los.

Der mit 20 Jahren schon berühmte Maurice Verlin hatte Hindernisse nie gekannt, und war dadurch geradezu verwegener geworden. Keine Exzentrik schien ihm unheimlich.

Er war eigentlich ein sehr lieber Geist. Aus Snobismus dachte er zweifelhaft die auf, und seine Freunde konnten ihn nur kompromittieren. Die Mutter beunruhigte sich zuweilen; aber der Vater lagte gleich:

„Wenn man genial ist, hat man das Recht, sich über das Herkömmliche hinwegzusetzen.“

Eines Tages war Maurice Verlin auf den ersten Seiten der Zeitungen genannt worden.

Als Dichter?

Nein. Als Mörder eines jungen Weibes.

Was war geschehen? Die Motive blieben im Dunkel. Aber das Verbrechen lag klar zutage. Der junge Mann wurde verhaftet.

Er weigerte sich, vor dem Richter die geringste Erklärung abzugeben. Sein Vater und seine Mutter beschworen ihn, sich zu entlasten. Weil ihm dies ohne Zweifel nicht möglich war, verharrte er in seinem Trost.

Den unglücklichen Eltern blieb nichts übrig, als einem Advokaten die Aufgabe anzuvertrauen, daß er ihren Sohn wider seinen Willen rette.

Mehr als 11 Tage widmete der Advokat dem Studium der Akten. Er wollte alle günstigen Argumente herausziehen. Sein Endurteil lautete:

„Ihr Sohn ist unschuldig, Herr Verlin. Beweist man dies, dann ist er wirklich zu retten. Wenn Sie gestatten, wollen wir gemeinsam sein Vorleben nach den ersten Anzeichen geistiger Verwirrung durchforschen. Erinnern Sie sich seiner Kindheit?“

„Ja.“

„Stehen diese Erinnerungen deutlich vor Ihren Augen?“

Der alte, schon weißhaarige Meister erhob sich. Seine Hände zitterten. Aus der Bibliothek holte er das blaue Heft, das geliebte Heft, das seine zartesten Hoffnungen umschloß. Er hatte geglaubt, daß diese Aufzeichnungen sich mit Ruhm und Glanz verbinden würden. Sie sollten nur einer düsteren Arbeit dienen.

„Hier!“ sagte er zu dem Rechtsanwalt. „Lesen Sie ...“

Einmal kommt die Weltverwende, da die Völker sich besinnen;

„Heil, die Knacktschaft hat ein Ende!“ löst es dann von allen Zinnen.

Leuchtend wird der Tag erstehen, da sich alle Brüder nennen, Freiheitsfahnen werden wehen über Alpen und Ardennen.

Frei, der Finsternis entronnen, reichen wir uns dann die Hände, Endet nur, was schon begonnen, schafft euch selbst die Weltverwende!

Walter Müller.

## Ferdinand Lassalle und Karl Alexi.

Von Gustav Mayer.

In dem Testament, das Lassalle am Vorabend seiner tödlichen Verwundung abfaßte, bedachte er, wie man weiß, eine Anzahl seiner nächsten persönlichen Freunde mit Geldsummen. Hans von Bülow und Lothar Bucher erhielten Diarmotsummen, Johann Baptist von Dehnen die Waffensammlung, Bucher, Schweitzer und Gustav Schönberr, der spätere Professor der Nationalökonomie, Besondere der gewaltigen Bibliothek, deren noch immer stattliche Trümmer vor einigen Jahren der Breslauer Stadtbibliothek zuziehen. Aber die Persönlichkeiten aller dieser Freunde ist die Welt durchaus im Wille und auch ihre Beziehungen zu Lassalle überdauert sie klar. Ihr Briefwechsel mit diesem wurde, soweit die Uebersetzer ihn nicht absichtlich vernichteten, entweder gerettet oder er befindet sich, weil dem Herausgeber des Nachlasses eine Veröffentlichung unendlich erschien, mit den vielen anderen Briefen, die Lassalle erhielt, handschriftlich im Reichsarchiv zu Potsdam. Nur über die Persönlichkeit eines der Freunde, die im Testament Lassalles bedacht wurden, blieb bisher ein Schleiher gebreitet. Vergessen hatte man sich seit Jahrzehnten bemüht, herauszubekommen, wer eigentlich jener Kandidat Alexi, Lehrer in Neuruppin, gewesen sein mag, dem Lassalle nicht nur hundert Tausende aus seiner Bibliothek, sondern auch noch eine Rente von 200 Talern vermachtete. Aus Allen und allen Tageszeitungen ließ sich nur feststellen, daß er während Lassalles Lebzeiten einige Male in Berlin in Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auftrat; mit dem Tode des Agitators aber verschwand er spurlos aus der politischen Bewegung.

Im Vorwort zum sechsten und letzten Bande der Nachlassausgabe konnte ich vor einigen Monaten schon mitteilen, daß mich die Liebeshandlung von Herrn Dr. H. Falkenstein in München auf die, wie es den Anschein hatte, für immer verwehte Spur dieses unbekannteren unter den nahen Freunden Lassalles hingelenkt hat. Damals mußte ich aber berückten, daß Alexi Erben sich nicht entschließen konnten, Lassalles Briefe in ihrem Siebepater, obwohl sie sich bei ihnen erhalten hatten, der Öffentlichkeit zu übergeben oder auch nur der Forschung zugänglich zu machen. Daß sie sich selber anders besonnen haben, ist ihnen hier besonders gedankt.

Wie Lassalle stammte sein um fast fünfzehn Jahre jüngerer Freund aus Schlesien. In Reichensbach 1840 geboren, besuchte dieser das Gymnasium in Schweidnitz und studierte von 1857 ab in Breslau anfangs die Rechte, später Philologie und Geschichte. Vom Herbst 1861 bis Juni 1864 beendete er eine Hauslehrerstelle in Berlin und siedelte dann nach bestandenen Staatsexamen als Probekandidat an das Gymnasium in Neuruppin über. Dort war er allmählich zum Dozenten aufgestiegen, als man ihn nach der Anzeigens-Liste-Lösung im Herbst 1871 als Konrektor nach Colmar berief. 1878 kam er als Direktor nach Saargemünd und 1880 in der gleichen Eigenschaft nach Wülzburg an das Gymnasium. Im Jahre 1884 verfiel Alexi an eine Gehirnerkrankung, aus der ihn 1888 der Tod erlöste. Ein Nekrolog, der damals in einer Wülzburger Zeitung von einer ihm offenbar im Leben nachstehenden Seite veröffentlicht wurde, wirft die Frage auf, ob es für Alexi ein Glück gewesen sei, „so tiefe Wunden in die dämonische, von Besorgnis verzehrte Natur seines gewählten Freundes getan zu haben“. Er wird uns dort als ein ideenreicher, dialektisch harter Geist geschildert, dem es nicht genügte, in seinem eigentlichen Beruf, abgesehen er für ihn hervorragend begabt gewesen sei, zu wirken, sondern den es — und mit den Jahren immer zunehmend — dazu trieb in große Verhältnisse schöpferisch einzugreifen. Verrät sich in diesem Zwiespalt seiner Natur nicht eine sichtbare Lebensverwandtschaft mit Lassalle? Durch wen beide einander kennen lernten, steht wohl nicht mehr fest; berichtet wird, daß Alexi in jenen Berliner Jahren auch mit Hermann Wagner und mit Lothar Bucher bekannt war. Wenn der Verfasser des Nachrufs behauptet, daß Alexi von früh an und ohne zwischentretende Krisen gläubig protestantisch gewesen sei, so können wir das weder mit Sicherheit bestätigen

1) Wir entnehmen diese Ausführungen des führenden Historikers über einen schlesischen Freund des großen Breslauer Sozialisten mit einigen Kürzungen dem neuesten Heft von Hüfners „Geschichte“, wo der interessierte Leser auch eine Anzahl ungedruckter Lassalle-Briefe findet.

2) Alexi an Lassalle 2. August 1864. Vgl. Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe und Schriften, Stuttgart und Berlin 1925, Seite 357.

## Städte des Ostens.

Von Josef Warten.

### Die schön gewachsene Stadt.

Das ist Moskau. (Es liegt auf der Breite von Kopenhagen und auf der Länge von Damaskus, also weit nach Norden und Osten hinausgeschoben, und von Petersburg etwa 10 Meilen wie London, München, Königsberg von Berlin.)

It Petersburg jung, so ist Moskau alt; ist jenes einhellig streng und mit bewußtem Willen angelegt und sozusagen angelegt, so ist dieses materiel, kraus und bunt und sozusagen triebhaft erzeugt und gewachsen. Jenes bauten die Kaiser, dieses das Volk; jenes ist kunst- und planvoll gemacht, dieses ist organisch und fast vegetativ geworden. Jenes ist klassisch (nicht nur, weil es klassizistischen Stil hat), dieses ist romantisch.

Auch Moskau erinnert an Rom (aber auch an nichts anderes, höchstens an Städte seiner eignen Eltern- und Schwachternschaft, an Byzanz und Kiew). Und ist auch wie Petersburg etwas völlig Eigenes.

Seine geographische Lage ist, wie die Roms durch nichts Besonderes ausgezeichnet und bedingt, es liegt wie Rom an einem Hügel (was man in Rußland Hügelchen nennt), der Moskwa (doch deutsch nennt man den Fluß wie der Ruße Fluß und Stadt nennt: Moskwa). Die Moskwa hat die Breite der Elbe bei Wittenberg; sie fließt an der Stadt vorbei und gar durch sie hindurch mit derselben, sozusagen Beziehungslosigkeit wie der Elbe an und durch Rom. Und wie dort auf einem nicht besonders hohen, immerhin dem ausgezeichneten Hügel, dem Palatin, das älteste Rom entstand, so hier auf dem Kremlhügel das älteste Moskau.

Der Kreml ist (man weiß es, es ist ein Dogma, aber man darf es glauben) einer der wenigen ohne Rest bedrückenden Architekturplätze der Erde. Man muß ihn schlechthin vollendet nennen. Selbst gewisse Langweiligkeiten, wie Arsenal und Gericht in ihrem allzu trüben Stil, scheinen nötig in diesem finsternen Steinwäusel als Hübschheiten, in diesem Architekturgebirge sozusagen als Akzente. Und der Kreml ist gewachsen, ein sinnvolles Stück Architekturgeschichte, eine Musterkarte der historischen Stile. Die rote, gewaltige Ziegelmauer mit ihrem Duppel-Türmen ist von italienischen Baumeistern und im Stil norditalienischer Frührenaissance errichtet (Erinnerungsbilder lombardischer Städte rücken auf), ein Bolongnese erbaut die älteste und heiligste der vielen Kremlkirchen, die Uppertatendiale, allerdings in byzantinischem Stil. Byzanz-Moskau als Architekturprinzip spiegelt in sakralen Steinbauten; es sind da Reste im erst russischen, selbständig gewordenen Nationalstil ebenso wie das alte Schloß im Gewande der russischen Boyaren-

zeit; es fehlen nicht die Palastbauten im Geschmack der künstlichen (doch nicht so schmählichen) Münchner Romantik der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in ihnen die kaiserlichen Geschmackslosgkeiten, wie sie um die Wende des Jahrhunderts die letzten Kaiser anscheinend auf ihr Gewissen und ihr historisches Bild laden mußten. Der Kreml ist Moskau und Rußland. Petersburg ist weltlich und zartlich, der Kreml zartlich und geistlich. Der Kreml blickt zwischen dem „Großen Johann“ genannten Glockenturm und den drei oder vier Kathedralen einen Platz von einer Schönheit, daß der auf ihm Weisende im himmlischen Raum sich fühlen muß, ob er auch ziemlich eilig und begleitet über ihn dahinzugehen genötigt wird und rote Soldaten neben einem Park modernster Feldgeschütze ihn an den Ernst der politischen Lage auf der Welt und namentlich in Rußland erinnern. Und über grünen Dächern der Welttürme und Schlossbauten die vielen vergoldeten Kirchenkuppeln — das ist eins von den wenigen großen Bildern auf der Welt, die schon deswegen unvergleichbar sind, weil es sie nur das eine Mal gibt!

Und nun die Stadtgeschichte — man kann sie fast ein Stück Naturgeschichte nennen.

Vor dem Kreml liegt der rote Platz (schon in der Zeitenzeit der roten Kremlmauern wegen so genannt), auf ihm heute das vorläufig in Holz errichtete monumentale Grab Lenins. An der einbalkentierten Leiche des kleinen Mannes, die in Straßenanzug und Sportmütze wie Schneewittchen im Sarge von Glas liegt, kann man nur zur späten Abendstunde, nachdenklich und stumm, vorbeistreichen.

Aber auf dem Platz gegen den Abhang zum Fluß hin steht die Wassili-Basilien-Kathedrale. Das vielleicht merkwürdigste Stück Architektur der Welt! Eine Gruppe von selbständigen, doch in ein Gebäude geformten turmartigen dunkeln Kathedralkapellen, um die mittelste, höchste geschart, lehtes, nicht mehr überhöhtbares Finestrüben der byzantinischen Kuppelkuppel mit ihren finstern Trabämen, kunstgeschichtlich seitwärts dem Eingeweihten zwar verzierend, aber überkommene Bauelemente folgerichtig entwidelt, als Bauwerk völlig selbständig, von Johann dem Schrecklichen bestellt und von russischen Baumeistern in einem echten russische Form atmen den Nationalstil angeführt, türmlich, luppelig, baulich, gediegen und materlich bunt, panzerfester, facettiert, geschuppt — unbedeutend! Raum noch Architektur, schon fast Vegetation!

Unter dem Schutze der Kremlmauern, an den Kreml auf der Landseite angelehnt und doch selbst mit weißen Mauern besetzt, liegt der innerste Stadteil, sakraler Kitai Gorod, die rechte Stadt der Heiligen. Auch Gorod, Stadt schlechthin. Bäume, Böse, Handel und Verkehr, auch Kitai.

Nur liegt sie um Kreml und Stadt in weiten Bogen Kitai Gorod, die weiße Stadt. Darin die öffentlichen Gebäude,

Museen, Theater, Klubs, Klöster, Gesandtschaften, Zinshäuser, Wohnviertel, hier und da in Gärten auch die ehemaligen Stadtquartiere des Adels. Und Kirchen, Kirchen.

Um die Weiße Stadt, das eigentliche Moskau, deren ehemalige Mauerlinie wie in den meisten alten Städten heute der Zug der Boulevards bezeichnet, im Bogen mit noch größerem, sehr großem Radius Semljanoi Gorod, die Erdstadt, die ihren Namen hat von einem Ring von Erdwällen, der heute dem zweiten äußeren Boulevardring Platz gibt. Schon im 17. Jahrhundert vom ersten Romanowzaren, wurde dieser Stadtring angelegt, denn Moskau war bereits Großstadt, als es deren noch wenige in Europa gab.

Und schon im 18. Jahrhundert, als das früheste Berlin nicht mehr Fläche bedeckte als heute eine Kreisstadt, wurde ein neuer Ring von vier bis fünf Kilometer Radius um das Stadtgebilde geschlagen, ein Wall gezogen, in dem die Schlagbäume an den ausfallenden Straßen standen, der Ring der Vorstädte, die drei Viertel des Flächenraums Moskaus belegen.

So wuchs, in Jahresringen, Jahrhundertlingen, wie ein Baum die Stadt.

Moskau hat recht, „russisches Rom“. Ein halbes Tausend Kirchen hat Moskau wie Rom. Es liegt auch auf einer Anhöhe von Hügeln, wie die römischen, in Stadtganzen nicht immer leicht auszumachen. Aber es ist bedeutend größer als Rom. Hatte dieses vor dem Kriege eine halbe Million Einwohner, so zählte Moskau weit über anderthalb, und heute mögen es mehr als zwei Millionen sein. N irgendwo in der zivilisierten Welt dürfte die Wohnungsnot so groß sein wie in Moskau, der Wohnraum wird den Personen nach Quadratmetern zugemessen.

Denn der Städtebau ist in Moskau konzentriert und zentralisiert. Die öffentlichen Gebäude, die in Petersburg leer stehen, schöne Ruinen, fehlen in Moskau oder reichen für den riesigen Arbeitsbedarf nicht aus; in Banken, für die man naturgemäß keine Verwendung mehr hat, und in Warenhäusern, die ausgeräumt waren, sind die Ministerien (Kommissariate) untergebracht. Es sieht alles nach Behelf aus.

It Petersburg kühl, über seine architektonische Aufwendigkeit ist, so ist Moskau laut, man meint überlaut. Die Russen fahren auf den Straßen, als wären sie in der Straße, und die Automobile scheinen alle im Wettrennen begriffen. Doch starker Straßenverkehr des roten Moskwa schneidet ein deutscher Löwe, Stadtbummel und Himmelsgucker (denn da und dort leuchtet über den Häusern die grüne oder goldene Kuppel einer Kirche) oft in Gefahr.

Das Erdbebenfeld beherrscht die Straße, belicht meist die Lederhose des Automobilisten als gängiges Kleidungsstück, die Gefährten tragen Sportmäntel. Man sieht oft gekrümmte Kinder, meist Plänen aus den Hungerjahren, alte Frauen und Männer in Mänteln aus vergangenen Moden, aus den Gassen

